

Siegfried Schönherr

**Neuer
Imperialismus –
neue Formen der
Rüstungsfinanzierung**

DSS–Arbeitspapiere

Heft 82 – 2007

Herausgeber: Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V.

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Wolfgang Scheler Rottwerndorferstr. 3 01257 Dresden

Redaktion und Druckvorbereitung; V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Siegfried Schönherr

Vertrieb: Dr. Lothar Glaß Feuerbachstraße 1 01219 Dresden Telefon: 0351/4707918

Beiträge im Rahmen der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“ geben die Ansichten der Autoren wieder, mit denen sich Herausgeber und Redaktion nicht in jedem Fall identifizieren. Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen bei den Autoren. Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen ihrer Zustimmung; zugleich haften sie dafür, dass durch die vorliegende Veröffentlichung ihrer Ausarbeitungen nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Redaktionsschluss: 05. Januar 2007

Kostenbeitrag: 3,00 Euro

Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

ISSN 1436-6010

Inhaltsübersicht

Vorbemerkung	4
Zur Ökonomie des neuen Imperialismus	5
Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik führt zu einer Renaissance des globalen Wettrüstens	7
Finanzierungsnöte der Bundeswehr – Folge einer militärisch dominierten Außen- und Sicherheitspolitik	12
Neue Wege der Rüstungsfinanzierung - bekannte politische und soziale Folgen	16
▪ Leasing von Rüstungsgütern	19
▪ Börsengängige Finanzierung von Streitkräften	20
▪ Privatisierung militärischer Bereiche	21
▪ Modernes Unternehmensmanagement in der Bundeswehr	23
▪ Ökonomisches Denken und Handeln in der Bundeswehr	24
▪ Rüstungsintegration durch die Europäische Rüstungsagentur	26
▪ Europäische Rüstungsbank	27
Neue Formen der Rüstungsfinanzierung – kein Ausweg aus einer verfehlten Außen- und Sicherheitspolitik	30
▪ Renditeorientierte Rüstungsfinanzierung verstärkt die Militarisierungstendenzen	31
▪ Privatisierung der Rüstung führt kaum zu volkswirtschaftlicher Effektivität	32
▪ Privatisierung der Rüstung führt kaum zu militärischer Effizienz	34
Herausbildung eines Militär-Finanz-Komplexes – Konsequenz der Militarisierungsbestrebungen des neuen Imperialismus	35
Für einen gerechten und sicheren Frieden eintreten, heißt auch, den Kampf gegen moderne Rüstung und Rüstungsfinanzierung zu führen	37

Vorbemerkung

Im November 2006 veranstaltete die Projektgruppe *Globale Friedensordnung* in Dresden ihr 11. Symposium zum Thema *Ideologie des neuen Imperialismus und ihre Positionen zu Krieg und Frieden*.¹ Es wurde nachgewiesen, dass es diesem Herrschaftssystem unter heute neuen Bedingungen um die Erhaltung seiner globalen Machtpositionen geht. Das westliche System des 20. Jahrhunderts soll für das 21. weiterhin anwendbar bleiben und für alle Zeit weltweit durchgesetzt werden. Die immer noch spürbaren *Fehlentwicklungen* des 20. Jahrhunderts in Form eines zeitweilig existierenden alternativen Gesellschaftsmodells des realen Sozialismus will man endgültig korrigieren. US-Präsident G. Bush formulierte das schon 1991 im Umfeld des Golfkrieges II als Errichtung einer *neuen Weltordnung*.² Ein transnationales Machtgefüge von staatlichen Global-Playern – oder als Staatengemeinschaften organisiert – will die Spielregeln der Weltpolitik dauerhaft bestimmen

Auf dem erwähnten Symposium dominierten ideologische Aspekte. Ideologische Reflexe resultieren aber immer aus bestimmten Interessenlagen, die ihre Wurzeln in den ökonomischen Verhältnissen haben. Heutige Ideologieproduktionen in diesem imperialistischen System neuer Prägung sind demzufolge ein Spiegelbild der gewandelten objektiven Bedingungen, haben aber zugleich die Funktion, auf sie einzuwirken, sie zu verändern, sie den gegenwärtigen Verhältnissen anzupassen.

Im vorliegenden Heft wird der Versuch unternommen, den ökonomischen Hintergrund dieser Ideologie des neuen Imperialismus etwas näher auszu-leuchten. Heute geht es dabei vor allem um die Beherrschung der Weltresourcen, bzw. um ein Eingreifen in den Verteilungskampf bei diesen Resourcen sowie um ihre politische Kontrolle im Interesse der Supermächte.

Militärische Macht der imperialistischen Hauptstaaten dient vorrangig diesen geostrategischen Zielen. Sie kommt aber selbst nicht ohne Inanspruchnahme wirtschaftlicher Ressourcen aus. Daraus ergibt sich ein Knäuel neuer Widersprüche in diesem Gesellschaftsmechanismus des neuen Imperialismus von politikprägender Wirkung. Wir sind nicht immer bereit, die gesamte Tragweite dieser Entwicklung wahrzunehmen und politische Tagesereignisse, oder auch längerfristige Tendenzen der Weltgesellschaft, daran zu messen. Einige Denkanregungen sind deshalb angebracht.

¹ Referate und Diskussionsbeiträge dieses Symposiums werden in den DSS-Arbeitspapieren, Heft 83/2007, publiziert.

² Siehe E. Voit, Zur Charakteristik von Krieg und Frieden in der gegenwärtigen Epoche, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 78/2006, S. 7 ff.

Zur Ökonomie des neuen Imperialismus

Bei unseren philosophischen Schürfarbeiten über das gegenwärtige imperialistische Herrschaftssystem samt seinem Ringen um die Weltressourcen sollten wir einen ganz profanen Ausgangspunkt nie außer acht lassen: Erdöl und andere fossile Brennstoffe gehen zur Neige. Der Höhepunkt der weltweiten Erdölförderung ist überschritten. „Dann gibt es zwar immer noch Öl, die statische Reichweite (geschätzte Reserven dividiert durch den gegenwärtigen Jahresverbrauch) beträgt etwa 40 Jahre. Doch die jährlich neu gefundenen Lager sind wesentlich kleiner als die Jahresförderung, sodass die Bestände abnehmen – und dies bei steigender Nachfrage nach Öl; weil alle neu industrialisierten Länder, zum Beispiel Indien und China, auf den Treibstoff von Wachstum, Produktivität, die Voraussetzungen von westlichem Konsummuster und Mobilität, angewiesen sind.“³

Wir nehmen täglich Meldungen über ökonomische Entwicklungen aus Brasilien, Indien – oder ganz besonders aus China – zur Kenntnis, die aus den Supermächten des Kapitals schon seit Langem nicht mehr zu uns dringen: hohe Wachstumsraten des Sozialproduktes. In China hält ein sehr dynamisches Wirtschaftswachstum von geschätzten 10 Prozent jährlich seit etwa 20 Jahren an. Das zeitigt geostrategische Auswirkungen kolossalen Ausmaßes und prägt die USA-Weltordnungspolitik ganz entscheidend. Das geringe Ausgangsniveau der chinesischen Wirtschaft ändert wegen des langen Zeitraumes dieser Dynamik nichts Grundsätzliches am Sachverhalt.

Allein der Ressourcenbedarf und -verbrauch Chinas ist atemberaubend und ein bestimmender Faktor in der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Der anhaltende Bauboom führt zu einem Drittel des Weltverbrauches an Stahl. Das *Reich der Mitte* beansprucht gegenwärtig die Hälfte der Weltproduktion an Zement. Weltweit wächst die Marktnachfrage nach Kohle, was zum Beispiel auch die deutsche Kohleindustrie wieder in eine neue Konjunktur- und Struktursituation bringt – mit schon erkennbaren industriepolitischen Konsequenzen. Wachsende Import- und Exportquoten in westlichen Industrieländern, zum Beispiel in der deutschen Hafenwirtschaft, beruhen auf Entwicklungen in diesen sogenannten Tigerstaaten bzw. Schwellenländern. Wenn in den letzten vier Jahren die BRD-Wirtschaft wieder *Exportweltmeister* gewesen ist, hat das Ursachen, die mit aus dieser weltwirtschaftlichen Situation resultieren.

In der ökonomischen Szenerie des neuen Imperialismus treten somit Züge hervor, die wir zwar aus vergangenen Entwicklungsphasen des Kapitalismus

³ Aus der Abschiedsvorlesung von E. Altvater am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, in: Neues Deutschland vom 28./29.01.2006.

durchaus kennen; sie erreichen in ihrer Totalität und Komplexität heute aber eine neue Qualität. Es sei nur auf Folgendes verwiesen:

- Fast alle neuen Kriege, die seit dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation geführt wurden oder gegenwärtig noch geführt werden, haben einen eindeutigen geostrategischen Hintergrund. Es sind Kriege zur Neuordnung der Welt mit dem Ziel einer dauerhaften und stabilen Ressourcenverfügbarkeit für die Supermächte, vor allem für die USA.
- Im Rahmen der Globalisierung hält das rücksichtslose und brutale Vorgehen der imperialistischen Hauptmächte bei der Zementierung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung weiter an. Besonders die USA verhindern alles, die Länder der Dritten Welt in ein Weltwirtschaftssystem einzubinden, das ihnen echte Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Weltbank, IWF und andere, die Weltwirtschaft steuernde Instrumente werden als Ordnungsmittel der Supermächte ausgenutzt.
- Auf der politischen Ebene beobachten wir Kolonialisierungs- bzw. Neokolonialisierungstendenzen, die nicht nur dazu führen, die politischen Handlungsspielräume dieser Länder zu begrenzen; sie führen diese Staaten auch in ökonomischer Hinsicht auf ein Niveau zurück, das schon längst überwunden schien. Unter dem Deckmantel eines *demokratischen Neokolonialismus*, ohne den der Westen angeblich nicht leben könne, zielt diese Politik auf Regimewechsel, und wenn nicht anders möglich – auf Regimewechselkriege.⁴
- In letzter Zeit setzt sich in der Weltgesellschaft nicht nur mehr und mehr die Erkenntnis durch, dass es für unseren Planeten auf Dauer keine Überlebenschance gibt, wenn nicht dringende Umweltprobleme gelöst werden, sondern ebenso das Bewusstsein, dass auch das volkswirtschaftliche Wachstum für die nächsten Generationen schon ernsthaft gefährdet ist, und es endgültig eines größeren Mitteleinsatzes bedarf, um spürbar ökologisch gegenzusteuern.⁵ Trotz aller Vorbehalte gegen oft vorgenommene

⁴ Siehe E. Voit, Programmiert für neue Kolonialkriege, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 69/2004, S. 30 ff.

⁵ Der ehemalige Chefökonom der Weltbank, N. Stern, hat in einer Studie nicht nur die Konsequenzen des anhaltenden Klimawandels aufgezeigt, sondern auch erstmals die weltwirtschaftlichen Auswirkungen berechnet, wenn das Politik-Establishment nicht konsequenter gegen die Klimasünder und ihren energiebedingten CO₂-Ausstoß vorgeht. Schlimmstenfalls könnte das Welt-Bruttoinlandprodukt (BIP) um 20 Prozent absinken und Folgekosten von 5,5 Billionen Euro entstehen. Die dadurch eintretende weltwirtschaftliche Rezession würde in ihren Auswirkungen den Folgen der Weltwirtschaftskrise des vergangenen Jahrhunderts oder des Zweiten Weltkrieges gleichkommen. Um das zu verhindern, müsste weltweit etwa ein Prozent des BIP allein im Kampf gegen den Ausstoß von Treibhausgasen eingesetzt werden. (Neues Deutschland vom 01.11.2006).

Quantifizierungen bei der Untersuchung des Wechselverhältnisses zwischen weltwirtschaftlicher Entwicklung und Umweltbeanspruchung gibt es doch keinen ernsthaften Zweifel daran, dass es schon lange zu einer Grenzüberschreitung zwischen beiden Bereichen gekommen ist und Wirtschaftsprozesse weltweit viel stärker ökologisch ausgerichtet werden müssen, als das bisher der Fall war. Wie die UN-Nachfolgekonzferenz Ende 2006 in Nairobi aber wiederum zeigte, sind es vor allem die ökonomisch stärksten kapitalistischen Länder, in erster Linie die USA, die kaum Bereitschaft zeigen, dabei jenen Anteil zu übernehmen, der ihnen als Hauptverursacher dieser Umweltbelastung zukommt.⁶

- Mehr und mehr wird auch die Dominanz vor allem der G8-Staaten auf den internationalen Kapital- und Finanzmärkten zu einem weltwirtschaftlichen Desaster. Wenn im Zuge der Globalisierung zum Beispiel die USA jene Instrumentarien im Rahmen ihrer Zinspolitik vor allem dazu nutzen, dort in erster Linie Finanzierungsquellen für ihre aggressive Außen- und unsoziale Innenpolitik zu finden, und sie nicht in einer *hauseigenen* adäquaten Wirtschafts- und Finanzpolitik suchen, deren Konsequenzen dann auch im eigenen Land durchzustehen wären, kann das zu ungeahnten Gefährdungen des weltwirtschaftlichen Gleichgewichtes führen.

Auch die gegenwärtige deutsche EU-Präsidentschaft wird trotz noch boomender Weltkonjunktur an diesen Ungleichgewichten der Weltwirtschaft nichts ändern. Die von der BRD angestrebte *transatlantische Partnerschaft* zwischen EU und den USA mit dem Ziel, eine Art gemeinsamen Marktes zu schaffen, trägt von Anfang an schon wieder den Keim des imperialen Wirtschaftsdenkens in sich. Was nützt es dann, wenn zwar weiterhin die richtigen Themen auf die Tagesordnung gesetzt, aber nach wie die alten Wege gegangen und Lösungsansätze angeboten werden, die schon bisher keinen Erfolg brachten?⁷

Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik führt zu einer Renaissance des globalen Wettrüstens

In dieser Summe politischer, ideologischer – und wie soeben angedeutet, auch ökonomischer – Züge imperialistischer Machtpolitik gewinnt nun in den letzten Jahren der militärische Faktor immer mehr an Einfluss. Vor allem in außenpolitischer Hinsicht haben wir es mit einer fortschreitenden Militarisierung zu tun, ohne Differenzierungen zwischen den imperialistischen Hauptländern und auch zeitliche Nuancierungen bei ihnen zu übersehen.

⁶ Siehe ebenda.

⁷ Siehe Neues Deutschland vom 02.01.2007.

Dieses Übergewicht des Militärischen in der Außen- und Sicherheitspolitik des Imperialismus, das in letzter Zeit nicht nur von den konsequent friedenspolitisch eingestellten Menschen angeprangert, sondern auch von vielen Vertretern der eigenen Klientel kritisch gesehen wird⁸, zeigt schon jetzt Auswirkungen von großer Tragweite, die wir als äußerst ernste Gefährdung des Weltfriedens nach dem Ende der Blockkonfrontation bewerten müssen:

- Die weltweiten Rüstungen bzw. Rüstungsausgaben sinken nicht, wie es sicherheitspolitisch möglich sowie ökonomisch und sozial wünschenswert wäre. In den letzten Jahren weisen sie eine wachsende Tendenz auf. 2005 betragen sie 950 Milliarden Euro. Damit sind sie in den letzten 10 Jahren um ein Drittel gestiegen. Laut SIPRI fielen dabei 2005 auf die einzige Supermacht USA 48 Prozent aller Militärausgaben der Welt. Mit weitem Abstand folgen Großbritannien, Frankreich, Japan und China.⁹
- Auch die Rüstungsexporte weisen nach wie vor steigende Tendenz auf. 2005 betragen sie weltweit 35 bis 42 Milliarden Euro. Russland und die USA haben dabei einen Marktanteil von jeweils etwa 30 Prozent. Frankreich, Großbritannien und Deutschland weisen zusammen einen Marktanteil von etwa 20 Prozent auf. Obwohl der BRD-Rüstungsexport 2004 leicht rückgängig war, nahm er 2005 wieder zu. Die BRD exportierte in den letzten vier Jahren Militärgüter für 4,4 Milliarden Euro.¹⁰

Auf dem Welthandelsmarkt erweist sich die BRD gegenwärtig wieder als Exportweltmeister, im Rüstungsexport dürfte sie aber nur den dritten Platz behaupten. Unüberhörbar sind die Stimmen aus Wirtschaft, Politik und auch Wissenschaft, dass die nach wie vor existierenden Restriktionen durch das Kriegswaffenausfuhrgesetz und die dort definierte Kriegswaffenliste sowie die generelle Genehmigungspflicht aller militärischen Dienstleistungen und Kriegswaffen entschieden gelockert werden müssten. Der Anteil von Rüstungsexporten am Gesamtexport von etwas über 5 Prozent wird als völlig unzureichend angesehen.¹¹ Sehr bedenklich stimmt, dass BRD-Rüstungsgüter im Wert von über einer Milliarde Euro in sogenannte Drittländer gehen, also in Länder außerhalb der EU, der

⁸ Das Zustandekommen der sogenannten Baker-Kommission in den USA sowie ihr vorgelegter Bericht, der zum Ziel hatte, die gegensätzlichen Positionen der USA-Eliten in der Irakpolitik einander anzunähern, sowie die Empfehlungen, die sie vorgelegt hat, bestätigen das auf sehr eindringliche Art und Weise. (Neues Deutschland vom 07.12.2006).

⁹ Siehe Neues Deutschland vom 13.06.2006.

¹⁰ Siehe ebenda.

¹¹ Siehe Infodienst Sicherheit und Ökonomie, Hrsg. Gesellschaft für Militärökonomie e.V., Heft 01/2006, S. 17 ff.

NATO und in Länder, die der NATO gleichgestellt sind. Viele diese Staaten liegen in traditionellen Spannungsbereichen.¹²

- Natürlich ist auch bei Rüstungen bzw. Rüstungsausgaben eine differenzierte Betrachtung angesagt. Während die USA für ihren stark militärisch determinierten Kurs der Außen- und Sicherheitspolitik, in deren Ergebnis es immer wieder zu regulären Kriegen kam, ihr BIP mit etwa 3,7 Prozent belasten, erreichen viele europäische NATO-Staaten die in diesem Militärbündnis vereinbarte völlig unakzeptable 2-Prozent-Grenze nicht. Die BRD blieb 2004 mit 1,4 Prozent noch unter dem Wert von 2000 (1,6 Prozent).¹³ Es ist aber zu befürchten, dass sich mit dem fortschreitenden militärischen Engagement in Richtung Sicherstellung von Kampfeinsätzen der Bundeswehr, wie etwa im Libanon, die Militärs durchsetzen werden, den Einzelplan 14 (Verteidigungshaushalt) zu erhöhen bzw. Haushaltstitel für diese militante Außenpolitik außerhalb des Rüstungsetats zu finden.¹⁴
- Auch die Auslandeinsätze deutscher Streitkräfte führen zu steigenden Rüstungslasten. Wenn zum Beispiel gegenwärtig verstärkt der Versuch unternommen wird, den Wandel dieser Einsätze der Bundeswehr von Hilfs- zu Kampfeinsätzen als die objektiv notwendige Präzisierung einer Traditionslinie darzustellen, ändert das nichts an der Tatsache, dass die Bundeswehr mehr und mehr zur Besatzungsarmee mit Kampfauftrag wird. Und das hat seinen Preis. Dafür wurden bis 2005 bereits 8,8 Milliarden Euro ausgegeben. Für 2006 kamen 671 Millionen hinzu. Für 2007 sind zunächst einmal 642 Millionen vorgesehen.¹⁵ Dabei sind aber noch nicht die Kosten für das Libanon-Engagement berücksichtigt. Allein für diesen Militäreinsatz fielen 2006 48 Millionen Euro an.¹⁶ Es ist zu befürchten, dass er ein Endlos-Einsatz mit entsprechender Kostenexplosion werden könnte.
- Eine überproportionale Rüstung ist in den Schwellenländern festzustellen. Das Rüsten in den imperialistischen Hauptmächten, vor allem in den USA, animiert viele dieser Länder, Ähnliches zu tun. Das bezieht sich sowohl

¹²Siehe Neues Deutschland vom 23./24.07.2005; 13.06.2006; 28.09.2006.

¹³Siehe Die Bundeswehr, Heft 07/2005, S. 1.

¹⁴Seit längerer Zeit werden Auslandeinsätze der Bundeswehr aus dem Einzelplan 14 (Haushalt des Verteidigungsministeriums) bezahlt. Früher kamen sie aus dem Einzelplan 60 (allgemeine Finanzverwaltung). Die momentane Rechtslage bei der Haushaltsfinanzierung dieser sprunghaft wachsenden Außenkosten als Folge einer verfehlten, aber im Moment noch forcierten Außen- und Sicherheitspolitik, ist unklar. Es gibt keine eindeutigen Stellungnahmen, ob künftig die Gelder aus einem aufzustockenden Einzelplan 14 kommen, oder im Rahmen des Gesamthaushaltes zur Verfügung gestellt werden.

¹⁵Siehe Neues Deutschland vom 05.09.2006.

¹⁶Siehe Neues Deutschland vom 15.09.2006.

auf *Schurken-* als auch auf *Nichtschurkenstaaten*, um in der US-Terminologie zu bleiben. Sie alle sehen vor allem in der USA-Rüstung einen Rechtfertigungsgrund nachzuziehen. Indien, China und auch Russland – das freilich anders einzuordnen ist – geben 4 bis 5 Prozent ihres BIP für Rüstungen aus. Aus der Sicht von 2004 stiegen die Militärausgaben in Indien um 14 Prozent. Das war die höchste Steigerungsrate in der Welt. Es folgen China und Südafrika.¹⁷

China betreibt auch in militärökonomischer Hinsicht eine Industriepolitik, wie wir sie seit Jahren aus ihrem zivilen Bereich kennen: Nutzung von Know-how durch Importe mit dem Ziel der späteren Eigenentwicklung und -produktion. Rüstungsimporte sind dabei durchaus offensiv ausgerichtet, wie der beabsichtigte Kauf von 40 Militärtransport- und Tankflugzeuge aus Russland im Gesamtwert von 850 bis 1,5 Milliarden Dollar beweist.¹⁸

- Einige Staaten dieser Dritten Welt setzen nicht mehr nur auf herkömmliche Rüstungen, sondern versuchen verdeckt oder offen, ihre Atomrüstung zu steigern bzw. überhaupt erst aufzunehmen. Nach dem Denkansatz, nur wer die Atombombe und die Fähigkeit hat, sie in bestimmte Ziele zu bringen, ist vor dem Unilateralismus der USA und der Durchsetzung ihrer *vitalen* globalen Interessen sicher.

Dieses atomare Rüsten gegen die sogenannten Atom-Monopolisten stellt eine drastische Erhöhung der Gefahr kriegerischer Auseinandersetzung mit unberechenbarem Ausgang dar. Diese Renuklearisierung des Sicherheitsdenkens kann aber letzten Endes nur verhindert werden, wenn auch die Atom-Monopolisten ihren Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag von 1974 nachkommen.

Die, am weltweiten Durchschnitt gemessen, überzogene Rüstung der *Tigerstaaten* gefährdet aber nicht nur den Weltfrieden, indem sie wiederum als ein Nachrüstungsgrund bzw. militärischer Interventionsgrund – zum Beispiel für die USA – herhalten muss. Sie wirft die Entwicklungsstaaten auch in ihrer ökonomischen Entfaltung und in ihrem sozialen Fortschritt zurück und schwächt ihr Wettbewerbspotenzial gegenüber den entwickelten Ländern. Das wird sich noch verstärken, wenn sie eines Tages gezwungen sein werden, kontinuierlich stabiles Wachstum auf einem weltweit üblichen Produktivitätsniveau einzuhalten, um ihre ökonomischen Reproduktionsbedingungen zu garantieren. Auf Dauer wird diese Ländergruppe auch nicht umhin können, bestimmte Umweltstandards einzuhalten. Schon jetzt

¹⁷Siehe Neues Deutschland vom 08.06.2005.

¹⁸Siehe Nowa Technika Wojskowa, Heft 12/2005, S. 4.

fordern die Global-Player der Weltwirtschaft, Ausnahmeregelungen, die diesen Ländern gewährt werden, sukzessive abzubauen, um angebliche Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen.

Wir haben es also mit neuen Tendenzen des Wettrüstens zu tun. Unter anderem Vorzeichen und in anderen Dimensionen soll auch heute wieder eine Art Gleichgewicht des Schreckens erzeugt werden – und zwar nicht mehr Ost gegen West, sondern Süd gegen Nord und umgekehrt. Die NATO, das mit Abstand stärkste und einflussreichste Bündnissystem der Welt,¹⁹ nutzt seine Möglichkeiten nicht zu militärischer Deeskalation, sondern zur Forcierung einer Großmachtpolitik unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus. Auch 2006 sind weltweit wieder 43 bewaffnete Konflikte geführt worden, die zum größten Teil aus dieser Weltordnungspolitik des neuen Imperialismus, vor allem der USA, resultierten.

Die militante Politikerkaste nutzt für eine solche menschenverachtende Strategie einen ökonomischen Trend zur Zeit der Ost-West-Blockkonfrontation aus und versucht der gegenwärtigen Weltgesellschaft zu suggerieren, dass er noch immer anhalte bzw. wieder aufleben könne: Hochrüstung auf beiden Seiten der Lager und lang anhaltende ununterbrochene wirtschaftliche Prosperität mit steigendem Konsumwachstum für breite Bevölkerungskreise im westlichen – und mit Abstrichen – auch im damaligen östlichen Lager.

Es besteht die Gefahr einer neuen Konfrontation von Blöcken, die freilich nicht mehr aus unterschiedlichen Eigentumsformen und damit aus gegensätzlichen Gesellschaftsformationen resultieren. Sie ist sozusagen blockintern und wird zwischen Peripherie und Zentrum, bzw. innerhalb des Zentrums, ausgetragen.²⁰ Die Durchsetzung nationalökonomischer, landesspezifischer Interessen in einer zunehmend global funktionierenden Weltwirtschaft, in der die Wirtschafts-Großmächte keinen Fußbreit ihres ökonomischen Einflusses aufgeben wollen, spielt dabei eine immer größere Rolle.

Diese Konfliktslage birgt kaum weniger Gefahren in sich, als jene zu Zeiten des Kalten Krieges. Für die Hinterhof-Staaten der Supermächte geht es ums nackte Überleben und – auch das sollte man immer wieder betonen – das Aufrüsten vollzieht sich auf einem wissenschaftlich-technischen Niveau, das

¹⁹Der Nordatlantikpakt (NATO), der gegenwärtig 26 Mitglieder zählt und sein Operationsgebiet schon längst globalisiert hat, hält vier Millionen Menschen unter Waffen, die USA allein 1,5 Millionen. Der Militärhaushalt dieser Organisation beläuft sich auf etwa eine Milliarde Dollar. Die USA tragen davon 23, die BRD 18 Prozent. Die gesamten Rüstungsausgaben der NATO liegen bei etwa 707 Milliarden (Neues Deutschland vom 28.11.2006).

²⁰Siehe W. Scheler, Philosophisches Denken über Krieg und Frieden – damals und jetzt, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 76/2005, S. 09 ff.

schon längst nicht mehr mit den Wissenschaftsstandards zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation vergleichbar ist. Zudem besteht das Arsenal an Atomwaffen als Overkillkapazität weiter. Die Möglichkeiten, Massenvernichtungswaffen ins Ziel zu bringen, Fernaufklärung zu betreiben u.ä. sind rapide gewachsen – und eben nicht mehr nur für die Atom-Supermächte.

Die schon vor Jahrzehnten während der Systemkonkurrenz getroffene Einschätzung, wonach moderne Industriegesellschaften kriegsunfähig geworden sind²¹, hat nichts von ihrer Gültigkeit verloren, auch wenn sie von der offiziellen Politik in den herrschenden imperialistischen Staaten wieder und wieder ignoriert wird. Und wie schon angedeutet kommt hinzu, dass jene Staaten der Peripherie, bei allem ökonomischen Rückstand zu den Staaten der Basis, heute über weitaus mehr ökonomische und finanzielle Ressourcen verfügen, um aufzurüsten und auch kriegerische Handlungen zu beginnen bzw. sich ihrer eine zeitlang zu erwehren, als in früheren Zeiten. Die heutige Konfliktlage weist zwar enorme Unterschiede zur Vergangenheit auf, in ihrem Wesen hat sie sich aber kaum verändert. Durch die Renaissance dieses spezifischen Wettrüstens ist die Welt unsicherer und gefährlicher geworden.

Finanzierungsnotwendigkeiten der Bundeswehr – Folge einer militärisch dominierten Außen- und Sicherheitspolitik

Diese neuen Rüstungen gehen – vor allem in den imperialistischen Hauptländern – weit über den Auf- und Ausbau der Streitkräfte hinaus. Wir haben es heute nicht nur mit einer Globalisierung der Wirtschaft zu tun. Die dazu vermeintlich notwendige Globalisierung der Außen- und Sicherheitspolitik mit ihrer dominierenden militärischen Komponente zieht auch eine Globalisierung der Rüstung nach sich. Die Wirtschaft hat aus der Sicht dieser unfriedlichen Politik heute einen außerordentlich umfangreichen Komplex außen- und militärpolitischer Aufgaben sicherzustellen, bzw. die Staatsfinanzen müssen ein sehr breites Spektrum an Maßnahmen dieser Art abdecken:

- Aufbau und Unterhalt eigener Streitkräfte auf zeitgemäßem technischem Niveau und in Dimensionen, die beliebige Auslandseinsätze in den unterschiedlichsten Regionen der Welt ermöglichen;
- Transport des Militärs und der sie unterstützenden Kräfte in die betreffenden Krisenräume, einschließlich der dazu benötigten Stützpunkte und Basen inner- und außerhalb der NATO;

²¹Siehe S. Schönherr, Ökonomie und Militärwesen, in: Frieden, Krieg, Streitkräfte, historisch-materialistischer Abriss, Berlin 1989, S. 224 ff.

- Gewährleistung des militärischen Einsatzes zur Krisenbewältigung selbst, der meist unter Bedingungen erfolgt, die die eingesetzten Streitkräfte auf Grund ihrer Ausbildung und Ausrüstung in ihrer gegenwärtigen Konfiguration überfordert. Regelmäßig müssen – zum Beispiel in logistischer Hinsicht – private Firmen des In- und Auslandes zur Lösung der militärischen Aufgaben herangezogen werden, die extrem hohe Kosten verursachen. Sehr häufig wird der vorgesehene Zeithorizont überschritten bzw. sind Einsatzgrundsätze und -gebiete abzuändern;
- Beherrschung der unmittelbaren sozialen Folgen des militärischen Einsatzes wie humanitäre Hilfe gegenüber der Zivilbevölkerung, Beherrschung der Flüchtlingsströme, Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in den Einsatzgebieten, auch wenn diese völkerrechtlich gebotenen Maßnahmen oft größtenteils vernachlässigt werden;
- Aufbau und Unterhaltung einer aufwendigen Logistik und Infrastruktur zwischen dem heimatlichen Stationierungs- und dem Einsatzgebiet;
- Versorgung von Flüchtlingen auf ihren Fluchtwegen bzw. im Territorium des eigenen Landes sowie ihre spätere Rückführung;
- Rückführung der eigenen Streitkräfte und der sie unterstützenden Einrichtungen aus den Einsatzgebieten;
- Errichtung und Unterhaltung von Verwaltungsstrukturen bzw. Gewährleistung einer Art Besatzungsmacht mit allen sich daraus ergebenden völkerrechtlichen Konsequenzen im Einsatzgebiet.

An der Bundeswehruniversität in München wurde schon vor Jahren eine detaillierte Studie über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien erarbeitet, aus der hervorgeht, dass der rein militärische Finanzbedarf 30 Milliarden DM betragen habe, der für humanitäre Hilfe 13 und der für den Wiederaufbau, was immer man darunter auch verstanden haben mag, 37 Milliarden DM.²²

Die Kriege der Bush-Administration im Irak und in Afghanistan sollen laut Congressional Budget Office (CBO) bereits 314 Milliarden US-Dollar verschlungen haben. In den nächsten neun Jahren werden noch einmal 450 Milliarden hinzukommen. Damit würden diese beiden Kriege zu den teuersten der letzten 60 Jahre werden. Das Washingtoner Zentrum für strategische Budgetbewertung schätzte zum Beispiel die Kosten des Korea-Krieges auf der Basis des gegenwärtigen Dollarwertes auf 430 Milliarden und die des Vietnam-Krieges auf 600 Milliarden. Selbst die bisherige Opposition im US-Kongress sprach, als sie den *Kampf gegen den globalen Terror* der Bush-Regierung

²²Zitiert nach J. Gerber, Kommende Pflichten der Militärökonomien, in: S. Schönherr (Hrsg.), Vortragsveranstaltung ... Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit der Gesellschaft für Militärökonomie e.V., Dachau 1999, S. 42 f.

bewertete, wenn nicht von einem Toderüsten, so doch von der Gefahr des Ausblutens, vor allem auch deswegen, weil diese Kriegspolitik primär kredit- und nicht in erster Linie steuerfinanziert ist.²³

Die Globalisierung des Militäreinsatzes und die Schaffung entsprechender ökonomischer Voraussetzungen im Rahmen heutiger Sicherheitspolitik führen zu einer nicht hinnehmbaren Pervertierung des Militärischen. Es wird Krieg geführt mit dem schon vorher bewusst kalkulierten Ergebnis, dass die kriegführenden Länder auch für die engeren und weiteren Kriegsfolgen aufkommen müssen. Selbst wenn ein solches Folgenmanagement dann nicht direkte Streitkräfteausgaben nach sich zieht, handelt es sich doch um Aufwendungen, die auf der Grundlage einer militärisch orientierten Außen- und Sicherheitspolitik, durch Militäreinsätze also, hervorgerufen worden sind .

Für diese Aufwendungen gibt es dann keine echte Alternative mehr. Sie sind nicht mehr dispositiv. Die Zivilgesellschaft hat dann dafür aufzukommen, sie wird gewissermaßen in Geiselhaft für eine verfehlte Außen- und Sicherheitspolitik genommen. Die negativen ökonomischen Auswirkungen erfassen den gesamten Wirtschaftskreislauf und führen zu seiner Deformierung.

Dass in den Hauptländern der NATO, auch in der BRD, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte eine so besorgniserregende Höhe erreicht hat, ist somit auch ein Ergebnis ihrer verfehlten Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik. Schon seit Langem sind in diesen Staaten Finanzierungsnöte aufgetreten. Darauf wird sowohl von Rüstungsgegnern als auch von Rüstungsbefürwortern verwiesen. Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes äußerte sich zu diesem Sachverhalt wie folgt: „Die Benennung der (traurigen) haushaltspolitischen Realitäten und des Spannungsverhältnisses zwischen verteidigungspolitischen Erfordernissen und engem finanziellem Korsett ist klar und deutlich ...“.²⁴ Das führte aber bisher nicht zur Abkehr von dieser falschen – und erwiesenermaßen auch erfolglosen – Politik.

Nun tritt in Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen militärökonomischen Situation weltweit – und auch für die BRD – folgendes Phänomen auf: Die Diskrepanz zwischen Finanzmittelbedarf und Möglichkeiten des Finanzmittelzuflusses zur Realisierung einer verfehlten Außen- Sicherheits- und Streitkräftepolitik der NATO resultiert aus Finanzierungsnöten der öffentlichen Haushalte, keineswegs – auch wenn das zunächst pervers klingen mag – aus nicht vorhandenen Geldmitteln der Gesellschaft.

²³Siehe Neues Deutschland vom 23./24.07.2005.

²⁴B. Gertz, Das Weißbuch gibt wertvolle Impulse, in: Die Bundeswehr, Heft 12/2006, S. 1.

Im neuen Imperialismus zeigt sich ein alter Widerspruch, aber in neuer Qualität: Die öffentlichen Haushalte schrumpfen im Vergleich zu den politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, kulturellen u.a. Aufgaben, die im Zeitalter der Globalisierung im Interesse der Systemstabilisierung und -erhaltung zu lösen sind bzw. wachsen nur in einem Maße, das es nicht gestattet, den daraus resultierenden Anforderungen gerecht zu werden. Überall wird von Finanzierungsnöten der öffentlichen Aufgaben gesprochen. In Bezug auf die Bundeswehr hieß es schon für 2005 in einer militärökonomischen Studie: „Die Bundeswehr leidet seit Jahren an einer chronischen Unterfinanzierung. In 2005 gibt es auch keine Hoffnung auf eine wirkungsvolle Erhöhung eines sorgfältig errechneten Verteidigungshaushaltes. ... Zwar ist ein moderates Ansteigen ... vorgesehen, allerdings reicht das längst nicht aus, um den Finanzbedarf der Bundeswehr zu decken.“²⁵ Deswegen wird nach Auswegen gesucht.

Parallel dazu kommt es aus der Sicht der Umverteilung des BIP zu einer extrem hohen Akkumulation von Geldmitteln im privaten Bereich. Betrug zum Beispiel das Geldvermögen der privaten Haushalte in der BRD 1990 1.63 Billionen Euro, so wuchs es in gerade einmal 15 Jahren, nämlich bis 2005, auf über das Zweieinhalbfache, auf 4,26 Billionen Euro. Seit 2000 haben sich die Geldvermögen der Durchschnittshaushalte um 14.000 Euro erhöht. Auf jeden Haushalt entfielen etwa 108.000 Euro, denen etwa 40.000 Euro Schulden gegenüber standen.²⁶ Auch die Unternehmen, ein zweiter wichtiger Sektor im Wirtschaftskreislauf, haben *gespart*. Allein 2005 legten sie etwa 10 Milliarden Euro auf die *hohe Kante*.²⁷

Nun käme es zu einer völlig falschen Innenansicht der gegenwärtigen BRD-Gesellschaft, wenn nicht deutlich hervorgehoben werden würde, dass die privaten Haushalte in äußerst unterschiedlicher Weise an diesem Zufluss der Geldströme beteiligt sind. Das untermauert auch der sogenannte Armutsbericht der Bundesregierung, der – zwar auch statistisch verzerrt – ein beängstigend reales Bild über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Deutschen abgibt.²⁸ Wenn 13 Prozent der Bevölkerung an der behördlich errechneten Armutsgrenze leben müssen und die Armutsriskien wie Arbeitslosigkeit, unzureichende Bildung u.a. nicht abnehmen, wirft das ein sehr bezeichnendes Licht auf die Einkommensverhältnisse in der Bundesrepublik.

²⁵Infodienst Sicherheit und Ökonomie, a.a.O., S. 23 f.

²⁶Siehe Neues Deutschland vom 10.07.2006; 04.08.2006.

²⁷Siehe ebenda vom 10.07.2006.

²⁸Siehe ebenda vom 06.12.2006.

Diese negative Momentaufnahme wird perspektivisch weiter verdunkelt, wenn man bedenkt, dass die gegenwärtig praktizierte Wirtschafts- und Sozialpolitik dazu führt, dass nicht nur die Unterschicht, sondern mehr und mehr auch die Mittelschicht immer weniger am Wertschöpfungsprozess der Gesellschaft teilnehmen kann. Ihre soziale Mobilität, ein Grunderfordernis des modernen Arbeitsmarktes, nimmt sukzessive ab, und es wird immer schwieriger, existenzsichernde Lohnarbeitsplätze zu erhalten, was die Einkommensverhältnisse permanent weiter verschlechtert. Prekäre Arbeitsverhältnisse werden die Gesellschaft bestimmen. Schon spricht man von einem abgehängten *Prekariat*.²⁹ Solche Entwicklungen können durch günstige konjunkturelle Wirtschaftsphasen, wie sie etwa gegenwärtig bestehen, abgebremst, verzögert, aber nicht beseitigt werden. Wir haben es in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht mit einem strukturellen Zustand des neuen Imperialismus zu tun.

Wenn man also die gewachsenen Kapitaleinkommen den stagnierenden bzw. sogar sinkenden Arbeitseinkommen gegenüberstellt,³⁰ kann man auf gigantische Umverteilungsprozesse in der Gesellschaft von unten nach oben schließen. Die These, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, bestätigt sich auch aus unserem Blickwinkel auf beängstigende Weise, und die daraus resultierenden Finanzierungsmöglichkeiten öffentlicher Aufgaben müssen deshalb sehr differenziert dargestellt werden.

Neue Wege der Rüstungsfinanzierung – bekannte politische und soziale Folgen

Geldmittel in privater Hand – erst recht wenn sie bei einigen Wenigen konzentriert sind – drängen aber auf die Märkte und suchen adäquate Verwertungsbedingungen. Es bilden sich völlig neu dimensionierte und strukturierte Geld- und Kapital- oder Finanzmärkte heraus. Schon seit Langem beobachten wir die Tendenz, dass immer mehr öffentliche Aufgaben privat finanziert werden bzw. werden müssen. Auf die Privatisierungspolitik der BRD in den vergangenen Jahren (Lufthansa, Post, Bundesbahn u.a.) und die schon erfolgten oder beabsichtigten Börsengänge soll nicht näher eingegangen werden. Mit den jetzt aktuellen Großverkäufen, zum Beispiel von kommunalen Einrichtungen wie etwa Wohnungen in beängstigender Größenordnung an private Gesellschaften, wird aber ein völlig neues Terrain beschritten. Neben Post- und Fernmeldewesen, der Energieversorgung und dem Verkehrswesen gerät

²⁹Siehe ebenda vom 29.12.2006.

³⁰2006 wuchsen die Arbeitnehmerentgelte um ein Prozent, die Unternehmens- und Vermögenseinkommen aber um 7,3 Prozent (Statistisches Bundesamt, Herbstgutachten der Institute 2006).

auch zunehmend die Wasserversorgung – und zwar weltweit – unter Privatisierungsdruck, weil die anstehenden Investitionen durch die öffentlichen Haushalte nicht mehr aufgebracht werden können.

Multinationale Konzerne liegen auf der Lauer, um in diese ökonomisch lukrativen und politisch einflussreichen Geschäfte einzusteigen. Immer öfter kommt es zu Modellen einer öffentlich-privaten Partnerschaft (ÖPP), auch Public Private Partnership (PPP) genannt. Meist stellen Länder oder Gemeinden Grundstücke zur Verfügung und beauftragen private Gesellschaften – zum Beispiel Verwaltungsgebäude – zu planen, zu bauen und für eine längere Zeit zu betreiben.

Es entbehrt nicht einer gewissen politischen Ironie, wenn sogar der Deutsche Gewerkschaftsbund im Dezember 2006 37 seiner Liegenschaften an den Finanzinvestor Cerberus verkauft hat. *Heuschrecken*, die man seit Jahrzehnten, oder gar Jahrhunderten, zu bekämpfen suchte, holt man sich jetzt ins eigene Haus, um mit seiner Infrastruktur ökonomisch überleben zu können.

Solche kapitalmarktfinanzierten öffentlich-rechtlichen Projekte sind eine Tendenz, die weltweit zu beobachten ist und dem Zeitgeist des Neoliberalismus entspricht. In der Bundesrepublik hat sie eher mit einer gewissen Verzögerung eingesetzt. Selbst in solchen Ländern wie Schweden, in denen bisher hohe soziale Standards galten und staatliches gemeinwirtschaftliches Interesse groß geschrieben wurde, sind solche Entwicklungsrichtungen verstärkt zu beobachten, wie aus Pressemeldungen über groß angelegte Privatisierungsvorhaben der bürgerlichen Stockholmer Regierung – zum Beispiel im Telekommunikationsbereich, im Bank- und Börsenwesen – bekannt wurde.³¹

Der Staat zieht sich damit aus gemeinwirtschaftlicher Verantwortung zurück, und zwar aus Gesellschaftsbereichen und dem Gemeinwohl dienenden Aufgaben, für die es keine echte Alternative gibt. Das hat Folgen im Sozialbereich, die noch keineswegs abzusehen sind. Im Gegenzug ermöglicht er Fonds oder Fondsgesellschaften u.ä. Einrichtungen Anlagemöglichkeiten, die zu einer marktbeherrschenden Stellung im öffentlichen Sektor führen können und auf Dauer den rigorosen Abbau von Sozialleistungen des Staates beschleunigen werden. Das führt zu einer Stärkung der privaten Gewinnwirtschaft und keineswegs zu einer angeblich reformierten sozialen Marktwirtschaft.

Solche Tendenzen und Erscheinungen sind nun auch im Sicherheits- und Streitkräftebereich zu beobachten. In den USA setzten sie schon viel früher

³¹Siehe Neues Deutschland vom 19.12.2006.

ein, in Europa, besonders in der BRD, traten sie mit einer gewissen Verzögerung auf. Die umfangreichen privaten Finanzressourcen drängen also nach profitablen Anlagemöglichkeiten und sehen in der Rüstung oft einen ihrer Zukunftsmärkte. Unwillkürlich wird man wieder an die These von Friedrich Engels erinnert, der schon vor über 120 Jahren vom Krieg als stehendem Erwerbszweig sprach.³²

In das übliche Volkswirtschafts-Deutsch übersetzt, heißt das: Die kollektiven Bedürfnisse moderner imperialistischer Staaten umfassen auch sicherheitspolitische und militärische, wenn auch in einem keineswegs gerechtfertigten Ausmaß und in einer den Weltfrieden bedrohenden Art und Weise. Sie können aber nur im Rahmen eines objektiv gegebenen Bedarfs befriedigt werden, also einer echten zahlungsfähigen Nachfrage auf dem Markt, zum Beispiel dem Arbeits- und Rüstungsmarkt. Diese zahlungsfähige Nachfrage ist aber aus den öffentlichen Haushalten nicht mehr bzw. nicht mehr voll zu gewährleisten. Sie existiert aber auf Grund einer forcierten neoliberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik immer mehr im privaten Sektor der Gesellschaft, auf den nationalen und internationalen Kapital- und Finanzmärkten. Unzählige, meist international tätige Investmentfonds, Beteiligungsgesellschaften u.a. tummeln sich heute auf diesen Märkten.

Eine solche Entwicklung beobachten wir zwar bereits, seit der Imperialismus existiert. Die Kriegsanleihen des deutschen Kaiserreiches im Vorfeld des Ersten Weltkrieges können dafür als Beweis dienen. In ihrem Ausmaß und in ihren Folgen ist diese Privatisierung der militarisierten Außen- und Sicherheitspolitik aber neu und muss demzufolge auch neu untersucht und bewertet werden. In der Endkonsequenz ergibt sich daraus nämlich eine Verschiebung der Quellen, aus denen schon gegenwärtig Rüstung finanziert wird und künftig noch weit stärker finanziert werden wird.

Parallel zu diesen neuen Möglichkeiten der Finanzierung des militärischen Machtapparates bilden sich neue Beschaffungsmethoden heraus bzw. werden bisher angewandte modifiziert. Freilich besteht zwischen beiden militärökonomischen Phänomenen in der Praxis eine Wechselwirkung, die dann, wenn wir es mit einer Kategorie der Politik belegen, zu neuen Seiten der ökonomischen Rüstung führt.

Es treffen also zwei Entwicklungstendenzen des modernen Imperialismus aufeinander: forcierte Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik mit einem enormen Bedarf an ökonomischen Ressourcen auf der einen und

³²Siehe F. Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, in: K. Marx, F. Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 160.

Drang nach profitabler Verwertung von überschüssigem Kapital der weltweit tätigen Fonds- oder Beteiligungsgesellschaften u.a. Institutionen des Finanzkapitals auf der anderen Seite. So zeigt sich heute die Tendenz des Kapitals nach Totalität und weltweiter Ausdehnung – und wir gebrauchen auch dafür den Begriff Globalisierung.

Das führt zu einem Verflechtungsgefüge, dem mit alten Untersuchungs- und Erklärungsmustern nicht immer beizukommen ist. So, wie wir berechtigterweise von einem neuen Imperialismus sprechen, können wir auch neuartige Finanzierungspraktiken seiner ökonomischen Rüstung beobachten. Auf einige soll im Folgenden verwiesen werden. Dabei ist zwischen Praktiken zu unterscheiden, die schon angewendet werden und solchen, die noch in der politischen Diskussion, wissenschaftlichen Erörterung oder praktischen Erprobung sind.

Die Hervorhebung neuer Praktiken der Rüstungsfinanzierung negiert selbstverständlich in keiner Weise die Gültigkeit der bisher angewandten Methoden in diesen militärökonomischen Prozessen.

Leasing von Rüstungsgütern

Ein Weg, der Kapitalknappheit vor allem bei der Streitkräftefinanzierung zu begegnen, wird in neuen Beschaffungsmethoden und den sich daraus ergebenden alternativen Finanzierungsmöglichkeiten gesehen, wie sie teilweise schon seit Längerem im Ausland erprobt worden sind. Eines der Zauberworte heißt hier Leasing.³³ Bewegliche und unbewegliche Kampfmittel sollen gegen Entgelt gemietet, statt gekauft werden. Langfristige Nutzung von Fremdeigentum als Ersatz für Vermögen, das aus öffentlichen Geldern nicht mehr beschafft werden kann, ist angesagt. Sehr schnell können damit Liquiditätsreserven erschlossen werden, um militärische Neuinvestitionen oder Modernisierungen in die Wege zu leiten. Das kann, wie allgemein bekannt ist, kurzfristig betriebswirtschaftliche Vorteile im Nutzungsprozess bringen. Für einen willigen Steuerzahler, der keine globalpazifistischen Positionen einnimmt, mag das zunächst logisch erscheinen.

Dass aber – langfristig gesehen – durch hohe Leasingraten die Finanzbelastung – und damit die Rüstungslasten – erheblich wachsen können, wird oft bewusst verschwiegen. Jeder private Leasingnehmer weiß, dass sein durch Leasing entstandener Finanzierungspreis wesentlich höher ist, als es der Barpreis gewesen wäre. Bei Militär-Leasing kommt noch hinzu, dass – vor allem in Spannungszeiten und bei Kampfeinsätzen – ein kaum zu kalkulierendes

³³Siehe u.a. Finanzierungsnot der Streitkräfte. Alternative Methoden der Kapitalbeschaffung am Beispiel von Leasing, Gesellschaft für Militärökonomie e.V., Dachau 1998.

Abhängigkeitsverhältnis zwischen Leasinggeber und Leasingnehmer entstehen kann. Es ergibt sich nicht nur die Frage, ob geleaste Kampftechnik zum Beispiel überhaupt noch genutzt werden kann, sondern auch die Überlegung, ob sich der militärische Leasingnehmer seiner Erpressungssituation noch zu erwehren vermag, in die er mit Sicherheit geraten wird.

Trotz dieser bekannten Nachteile wird Leasing von Wehrmaterial als ein gangbarer Mittelweg zwischen dem Auseinanderdriften von Bundeswehrbedarf und Mittelbereitstellung durch die Öffentliche Hand angesehen und diese besondere Form von Mietgeschäften im Investgüterbereich, in unserem Falle im Bewaffnungs- und Ausrüstungssektor der Streitkräfte, als eine innovative Form der Rüstungsfinanzierung betrachtet, deren Implementierung aber immer noch am Anfang steht.³⁴

Es wird künftig genau zu bewerten sein, wie sich die Wachstumsbranche Leasing mit ihrem großen Potenzial und dem sich andeutenden Paradigmenwechsel im Beschaffungswesen der Bundeswehr – stärkere Hinwendung zu privatem Kapital – im Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage auf dem Markt verhalten und welche Auswirkungen das auf den Steuerzahler haben wird.³⁵

Börsengängige Finanzierung von Streitkräften

Während Rüstungs-Leasing weltweit und in der Bundeswehr schon in größerem Umfang praktiziert wird, ist die Forderung nach börsengängiger Finanzierung von Streitkräften noch ein Diskussionsthema.³⁶ Durch die anhaltenden Finanzierungsnot der öffentlichen Haushalte und die permanent vorhandene Liquidität auf den nationalen und internationalen Kapitalmärkten bietet sich für eine politische Klasse mit einem vor allem militärisch orientierten Sicherheitsverständnis, wie es leider auch für die BRD zutrifft, eine solche Finanzierungsmethode der Streitkräfte im Besonderen und der Sicherheit im Allgemeinen immer mehr an. Vor allem auch deswegen, weil die Kreditfinanzierung über Banken aus den verschiedensten Gründen immer problematischer geworden ist, woran auch neue Kreditvergabepraktiken, die von der Europäischen Union auf den Weg gebracht worden sind, einen entsprechenden Anteil haben.

³⁴Siehe M. Füllenbach, Leasing von Wehrmaterial, in: Finanzierungsnot der Streitkräfte, a.a.O., S. 88 ff.

³⁵Siehe P. Neuhaus, Leasing von Fahrzeugen des Heeres, Dachau 2001.

³⁶Siehe u.a. J. Gerber, Europäische Militärökonomie in einem sich globalisierenden Umfeld, Osnabrück 2000, S. 74 ff.

Die Vordenker auf diesem Gebiet favorisieren zum Beispiel Staatsanleihen für konkrete militärische Unternehmungen, die nach Abschluss zu Renditezahlungen führen, oder Sponsoring bestimmter Branchen (Ölindustrie) gegenüber Streitkräfteeinrichtungen. Aber auch Betreiberfonds, zum Beispiel militärische Investmentfonds für Depots, Kasernen, Flugplätze u.ä., stehen hoch im Kurs. Mit offenen oder geschlossenen Immobilienfonds lässt sich für die Betreiber ja schon seit Längerem gutes Geld machen. Warum sollte man diese Erfahrungen und Praktiken nicht auf den Sicherheitsbereich übertragen können?

Es soll also die gesamte Palette, die die Wertpapierbörsen bieten, genutzt und sich keinesfalls nur auf den Aktienmarkt konzentriert werden. Diese Kapitalverwertungslogik kommt nicht allzu überraschend. Bisher hat aber selten jemand gefragt, wer die Prämien für das kaum zu kalkulierende Risiko solcher im Sicherheitsbereich zu bildenden Fonds bezahlen soll und kann, denn der private Anleger will in erster Linie Renditen sehen.

In vielen Ländern ist eine Umstellung der Wehrform von Wehrpflichtarmee auf Berufsarmee zu beobachten. Im Zuge dessen treten auch immer stärker Tendenzen hervor, Finanzierungsmöglichkeiten für solche Armeen zu suchen, welche die Finanzmärkte anbieten. Staunend nahm zum Beispiel schon 1997 die Fachwelt eine Meldung in der internationalen Presse zur Kenntnis, wonach sich japanische Wertpapierhäuser für Spaniens Armee interessieren, weil diese im Zuge einer möglichen Wehrreform Truppenübungsplätze, Befehlszentren, Wartungsanlagen u.ä. verkaufen wollte und dafür Investoren suchte. Inzwischen hat der Neuheitsgrad und damit der Aha-Effekt solcher Nachrichten stark nachgelassen.

Privatisierung militärischer Bereiche

Seit Jahren schon sieht die politische und militärische Führung der Bundeswehr, assistiert von Parlamentariern, Funktionären der tonangebenden Parteien und großen Teilen der zuständigen Wissenschaft, ein umfangreiches Einspar- und Effektivitätspotenzial bei der Ressourcenbereitstellung und -verwendung für sicherheitspolitische Zwecke in der Privatisierung nicht unmittelbar militärisch relevanter Einrichtungen der Streitkräfte und anderer Sicherheitsbereiche. Dieser neoliberale Trend im Umgang mit öffentlichen Mitteln und Sektoren, gelegentlich wird in Anlehnung an Marx von einer *Akkumulation durch Enteignung* gesprochen, macht also auch vor Streitkräften und Sicherheit nicht halt und hat sich im Ausland schon stärker durchgesetzt als in der Bundesrepublik.

Eine neue Qualität erreichten diese Bestrebungen bekanntlich in der Amtszeit des ehemaligen Bundesverteidigungsministers Scharping, etwa ab 1999, der

mit der Einrichtung der GEBB (Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH) dafür sorgte, dass viele PPP (Public Private Partnerships)³⁷ im Bereich der Bundeswehrverwaltung, zum Beispiel im Beschaffungswesen, entstanden und zu einer gewissen Neuorientierung und konzeptionellen Weiterentwicklung dieser klassischen militärökonomischen Aufgabe führten. Offen wird von einer Re-Orientierung oder Re-Konzeptionierung der Militärökonomie gesprochen,³⁸ die sich endlich von ihrer konservativen Sicht einer vorwiegend haushaltgesteuerten Rüstungsfinanzierung verabschieden und sich mehr von einem durch betriebswirtschaftliches Kalkül getrimmten Zeitgeist darstellen müsse.

Mittlerweile arbeiten viele (teil-) privatisierte Institutionen mehr oder weniger erfolgreich im Sinne der offiziellen bundesdeutschen Sicherheits- und Militärpolitik als Tochtergesellschaften dieser GEBB, zum Beispiel der BwFuhrparkService, die LHBw Bekleidungsgesellschaft mbH oder die Heeresinstandsetzungslogistik GmbH.

Auf diesem Gebiet sogenannter zukunftsorientierter Finanzierungs- und Beschaffungspraktiken ist also die Grenzüberschreitung zwischen Bundeswehr und Privatwirtschaft schon längst vollzogen, und es hat sich eine Rüstungs- und Finanzierungspraxis herausgebildet, die noch vor Jahren sowohl von den konservativsten als auch von den liberalsten politischen Kreisen kaum für möglich gehalten worden ist.

Dabei geht es künftig keineswegs nur um solche Bereiche und Größenordnungen wie Privatisierung des Bekleidungswesens durch ein neues Bekleidungs-Management im Zusammenwirken der Bundeswehrverwaltungsbehörden mit privatwirtschaftlichen Unternehmen, etwa dem Spezialkleidungsunternehmen Lions Apparel und der Spedition Hellman. Mit dem Projekt Herkules soll zum Beispiel die gesamte nichtmilitärische Kommunikationstechnik der Bundeswehr modernisiert und privatisiert werden. Im Laufe von zehn Jahren sollen 300.000 Telefone und 140.000 Computerarbeitsplätze auf einer gemeinsamen Systembasis eingerichtet und ein bundesweit funktionierendes Datennetz hergestellt werden. Für dieses IT-System sind 7,2 Milliarden Euro

³⁷ PPP verstehen sich als eine langfristig angelegte Kooperation zwischen der Öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft zur gemeinsamen Leistungserbringung, in unserem Falle zur Erstellung militärischer Dienstleistungen. Sie können als eine Vorstufe zur vollen Privatisierung angesehen werden. 2005 soll es in der BRD 300 PPP-Projekte gegeben haben. Sie bilden sich in raschem Tempo in allen Tätigkeitsbereichen der Öffentlichen Hand heraus (Infodienst Sicherheit und Ökonomie, a.a.O., Heft 04/2006, S. 25.)

³⁸ Siehe M. Essig, Ansatzpunkte für eine konzeptionelle Re-Orientierung der Militärökonomie aus logistischer und beschaffungswirtschaftlicher Sicht, in: Infodienst Sicherheit und Ökonomie, a.a.O., S. 60 f.

veranschlagt. Der Auftrag wird von einer Siemens-Tochter und von IBM erfüllt.³⁹

In diesem Zusammenhang darf nicht nur Front gegen eine militärisch determinierte Außen- und Sicherheitspolitik gemacht werden, es muss auch gegen die Verscherbelung von öffentlichem *Tafelsilber* argumentiert werden, erst recht wenn es zu so unfriedlichen und unsozialen Aufgaben verwendet wird. Aber auch rein sachlich-militärische Argumente sind nicht aus der Welt zu räumen: Wer soll denn privatwirtschaftlich organisierte militärische Dienstleistungen in Spannungsperioden oder bei Auslandseinsätzen mit ihren erwießenermaßen extrem hohen Kosten bezahlen? Und wenn von den Spezialisten eingeräumt wird, das dürfe nur bis kurz vor Beginn einer *heißen* Phase geschehen, dann muss die Gegenfrage gestellt werden: Wer sichert militärökonomische Funktionsfähigkeit des Streitkräfteeinsatzes, wie immer man auch dazu stehen mag, dann im *Ernstfall*, wenn durch die vorangegangenen privatwirtschaftlich ausgerichteten Rüstungspraktiken weder entsprechende Strukturen geschaffen noch einschlägige Erfahrungen gesammelt werden konnten?

Modernes Unternehmensmanagement in der Bundeswehr

Mit großem Aufwand und bescheidenem Erfolg wurde und wird von Scharping über Struck bis zu Jung versucht, die schon von den Verteidigungsministern in der Kohl-Ära angedachte Einführung moderner Management-Methoden in die Bundeswehr weiter zu beschleunigen. Als Ende der 90er Jahre der damalige Verteidigungsminister die GEBB ins Leben rief, ging es nicht nur um (Teil-) Privatisierung militärischer Bereiche; er holte sich auch führende Unternehmensberater über millionenschwere Beraterverträge ins Haus und schloss eine Reihe von Kooperationsverträgen mit der Wirtschaft ab. Bevorzugte Kooperationsfelder waren Instandsetzung und Logistik, Fernmelde- und Führungssysteme, Informationstechnologien, Liegenschaftsverwaltung u.a. 14 Pilotprojekte wurden damals vereinbart. Wie nicht anders zu erwarten war, erwies sich der Koloss Bundeswehr mit seinem überdimensionalen Logistikapparat aber als sehr beraterresistent, und die Kooperation mit führenden Wirtschaftsunternehmen kam und kommt nur äußerst schleppend voran, da ihr betriebswirtschaftliches Denken naturgemäß einseitig gewinnorientiert ausgerichtet ist.

Streng genommen setzte diese ökonomisch determinierte Führungspraxis in den bundesdeutschen Streitkräften schon viel früher ein, eigentlich schon mit dem legendären Artikel J. Gerbers *Moderne Kostenrechnung beim Militär* in der

³⁹Siehe Neues Deutschland vom 27.09.2006; Die Bundeswehr, Heft 02/2004, S. 2; Heft 12/20202, S. 18.

Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 29.07.1957 und seinem 1967 erschienenem Buch *Betriebslehre für Streitkräfte*.⁴⁰ Bereits damals ging man davon aus, um die Bundeswehr zukunftsfest zu machen – zu dieser Zeit hieß das, sie zu einem tauglichen Instrument des Kalten Krieges auf- und auszubauen –, muss man das System der Inneren Führung durch zeitgemäße ökonomische Führungspraktiken komplettieren, wie sie sich aus der damals dynamisch wachsenden BRD-Wirtschaft in den Jahren des *Wirtschaftswunders* ergaben.

Ökonomisches Denken und Handeln in der Bundeswehr

Parallel zu den neuen Finanzierungspraktiken und Beschaffungsmethoden sowie einem entsprechenden effektivitätsorientierten Management läuft schon seit geraumer Zeit ein Prozess, der vor allem die innere Verfassung der Bundeswehr verändern und zeitgemäßer machen soll: die Nutzung der Kostenrechnung als Führungsmittel.⁴¹ Militärökonomisch ausgerichtete Sicherheits- und Militärpolitik hat gewissermaßen einen Januskopf. Sie schaut zum einem in die Wirtschaft und will zeitgemäße Beschaffungs- und Finanzierungspraktiken für die in der BRD vordergründig militärisch orientierte Außenpolitik hervorbringen. Sie schaut zum anderen in die Streitkräfte und drängt nach wirkungsvoller Handhabung betriebswirtschaftlicher Instrumente in der gesamten militärischen Tätigkeit, sozusagen als streitkräfteinternes Pendant zu einer Außen- und Sicherheitspolitik, in der die militärische Komponente zunehmend an Bedeutung gewinnt. Das entspricht der Logik des Kapitals. Kapitalmarktorientierte Finanzierung der Rüstung und Beschaffung verlangt marktwirtschaftliche Methoden des Einsatzes und der Nutzung der Kriegsmittel in den Streitkräften. Wenn sich schon privates Kapital in den Streitkräften verwerten soll, dann muss es sich auch den Regeln des Marktes unterordnen.

Die jahrhundertlang übliche kameralistische Rechnung in Staat und Armee und die damit verbundene bürokratische Geschäftserledigung der Mittelbeschaffung und -verwendung, die eindeutig einnahme- ausgabeorientiert erfolgte, soll durch eine Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR) abgelöst werden. Dieser Prozess verläuft schleppend, aber nicht ohne Ergebnisse. Viele Politiker, Militärs und Wissenschaftler beschränken sich mit dieser Forderung aber nicht nur auf die innere Entwicklung in der Bundeswehr. Sie verlangen

⁴⁰Siehe S. Schönherr, Johannes Gerbers 1967er *Betriebslehre für Streitkräfte* im Spiegel der Presse, Eigenverlag, Dresden 2003.

⁴¹Siehe J. Gerber, Europäische Militärökonomie ..., a.a.O.

Kosten-Nutzen-Rechnung auch bei Einsätzen der Streitkräfte überhaupt, so zum Beispiel auch im Ausland.⁴²

Ein solches ökonomisches Denken und Handeln in den Streitkräften soll bis auf die einzelnen Tätigkeitsfelder des Bundeswehrangehörigen durchschlagen. Es hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass die Bundeswehr ein Betrieb ist, der mit ökonomischen Daten wie Kapital, Vermögen, Geld, Kosten und Erträgen umzugehen hat, also die betriebswirtschaftlichen Produktionsfaktoren zur Wirkung bringen muss. Mit der 1993 eingeführten Kosten-Leistungs-Verantwortung (KLV) wurde ein neues Kapitel angewandter Betriebswirtschaft in der Bundeswehr aufgeschlagen. Es besteht darin, auf jeder militärischen Führungsebene und bei möglichst allen militärischen Aufgaben nach einer Kosten-Leistungs-Rechnung vorzugehen und darüber hinaus, bzw. daran anschließend, nach einem kontinuierlichen Verbesserungsprogramm zu verfahren (KVP).⁴³

Zurzeit befindet sich die Bundeswehr in einer Umbruchphase, und betriebswirtschaftliche Führungsmethoden greifen noch nicht zufriedenstellend: „Die in 1996 begonnene Einführung betriebswirtschaftlicher Instrumente und Methoden in der Bundeswehr hat – auch nach den Befragungsergebnissen des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr – noch nicht zu der erhofften nachhaltigen Steigerung wirtschaftlichen Handelns in der Bundeswehr geführt. Die Gründe dafür sind vielschichtig: unzureichendes Change Management, hohe Fluktuation des unterstützenden Fachpersonals bis hin zu der Auffassung, dass betriebswirtschaftliche Aspekte in einem von klassischen Hoheitsaufgaben und einem hohen Bedürfnis nach Sicherheit geprägten Ressort bei der Entscheidungsfindung allenfalls eine nachrangige Rolle spielen können.“⁴⁴

Offensichtlich ist aber die Hauptursache für die fehlende Wirkungstiefe der geschaffenen militärbetriebswirtschaftlichen Instrumentarien, dass sie nach wie vor nicht in die seit jeher bestehenden militärischen Führungspraktiken eingepasst bzw. ihnen angepasst sind. Abhilfe soll geschaffen werden, indem man eine Ergebnisorientierte Steuerung (EOS) einführt. Sie soll in allen Phasen des militärischen Führungsprozesses betriebswirtschaftliche Methoden zum Tragen bringen und einen modernen Führungsstil aller Vorgesetzten

⁴²Siehe ebenda.

⁴³Siehe K. Walther, Die Grundlagen der Kosten- und Leistungsverantwortung in der militärökonomischen Entwicklung der Bundeswehr, in: S. Schönherr (Hrsg.), Streitkräfte, Ökonomie und Europäische Sicherheit, Dachau 1999, S. 227 ff.

⁴⁴R. Bombosch, Systematische Förderung wirtschaftlichen Handelns in der Bundeswehr durch Ergebnisorientierte Steuerung (EOS), in: Infodienst Sicherheit und Ökonomie, a.a.O., S. 54 f.

unterstützen, der auf vereinbarten Leistungsergebnissen bei definiertem Ressourceneinsatz und einer entsprechenden Verfahrens- und Verhaltenssteuerung beruht.⁴⁵

Diese Bestrebungen sind eine Folge der inneren und äußeren Veränderungen in den imperialistischen Streitkräften. Die Fondsausstattung nimmt weiter zu. Die Quellen, aus denen sie gespeist wird, erweitern sich. Es kann mit Sicherheit angenommen werden, dass bei stärkerer Mittelbereitstellung aus privaten Unternehmen die Ökonomisierungsbestrebungen in den Einheiten, Verbänden und Einrichtungen der Bundeswehr sprunghaft zunehmen werden. Streitkräfte, die seit über einem halben Jahrhundert in einem marktwirtschaftlichen Umfeld fungieren, werden sich auf Dauer einem solchen Marktwettbewerb nicht entziehen können. Es besteht kein Anlass anzunehmen, dass die Wellen der Profitabilisierung, wie wir sie gegenwärtig in jenen zivilen öffentlichen Bereichen wahrnehmen, die der Privatisierungorgie der Bundes- und Landespolitik anheim gefallen sind, vor Streitkräften und Sicherheitsbereichen halt machen würden.

Es ist davon auszugehen, dass in der Bundeswehr Controllinginstrumente und die damit verbundenen betriebswirtschaftlichen Führungspraktiken in dem Maße stärker eingefordert werden, wie die Schere zwischen der neuen Rolle der Bundeswehr, die sie laut Weißbuch der Bundesregierung 2006 als richtlinienbestimmendes Grundsatzdokument für die Militär- und Sicherheitspolitik der nächsten Jahre spielen soll, und den begrenzten Ressourcen durch wachsende Finanzierungsnöte immer größer wird. Eine falsche Außen- und Sicherheitspolitik schlägt also bis auf innere Prozesse der Streitkräfte durch und wird auch damit zu einem die gesamte Gesellschaft betreffenden Problem.

Rüstungsintegration durch die Europäische Rüstungsagentur

Natürlich verlaufen Rüstung und Rüstungsfinanzierung im Sicherheitsbereich nicht außerhalb der europäischen Integrationsprozesse. In EU-Europa etabliert sich ein im Wesentlichen gemeinsamer offener Markt, der ab 2007 27 EU-Mitglieder hat und zudem in einem noch umfangreicheren europäischen Wirtschaftsraum dominierend eingepasst ist. Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte sind weit geöffnet. Einer solchen Globalisierung unterliegen auch die Rüstungsmärkte, obwohl sie bisher doch sehr abgeschottet existierten und die nationalen ökonomischen Interessen stark dominierten. Für die BRD traf das in besonderer Weise zu.

⁴⁵Siehe ebenda.

Diese ökonomischen Integrationstendenzen stoßen zudem auf ein großes politisches Interesse der Herrschenden, Europa endlich auch militärisch so bedeutend zu machen, damit es in dieser multilateralen Welt von heute dem unilateralen Weltherrschaftskurs der USA etwas entgegenzusetzen habe. Eine Voraussetzung dafür sieht man auch darin, die Rüstungen komplexer und koordinierter zu gestalten – und zwar weit über die direkte Kooperation einzelner Rüstungsunternehmen hinaus, die ja schon seit Jahrzehnten besteht und – vor allem bei der Luft- und Seerüstung – beträchtliche betriebs- und volkswirtschaftliche Ergebnisse zeitigte.

Unter diesem Gesichtspunkt und in Anbetracht immer knapper werdender Haushaltsmittel für die Rüstung in den alten und auch in den neu hinzugekommenen Ländern der EU gibt es schon jahrzehntelang Überlegungen, eine Europäische Rüstungsagentur zu etablieren, die entsprechend der jeweils im Rahmen der EU erteilten Aufträge integriert produzierte Militärtechnik u.a. den einzelnen Ländern auf effektive Weise zuführen soll.

Mittlerweile ist diese Europäische Rüstungsagentur (EDA) mit einem Deutschen als stellvertretendem Geschäftsführer etabliert und soll nun endgültig zu einer Liberalisierung der bisher doch sehr streng national organisierten und dirigierten Rüstungsmärkte führen. Alle Projekte mit mehr als einer Million Beschaffungswert werden künftig in einem EU-weiten Internetportal ausgeschrieben, um dadurch den Rüstungsfirmen aller Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zu geben, Angebote zu unterbreiten und am Rüstungsgeschäft zu partizipieren.

Wenn man bedenkt, dass die EU-Staaten jährlich mindestens 180 Milliarden Euro für ihre Militärmaschinerie ausgeben und die europäischen NATO-Staaten mindestens 25 Prozent ihres Verteidigungsbudgets für Forschung, Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsmaterial zur Verfügung stellen sollen⁴⁶, werden die Dimensionen dieses militärischen Sachgüter- und Dienstleistungsmarktes deutlich. Es wird aber auch die Gefährlichkeit einer solchen Entwicklung sichtbar. Es kann sich eine Eigendynamik entwickeln, die weit über das militärisch Notwendige hinausreicht und zusätzlichen Treibstoff für Rüstung darstellt.

Europäische Rüstungsbank

Während alle bisher angeführten neueren Wege der Rüstungsfinanzierung und Rüstungsbeschaffung sich schon im Stadium der Realisierung befinden bzw. unmittelbar auf ihre Einführung hingearbeitet wird, befindet sich das

⁴⁶Siehe Neues Deutschland vom 14.10.2005.

Vorhaben *Europäische Rüstungsbank oder -banken* noch in der Diskussion, also noch in den Labors und auf den Prüfständen der Denkfabriken, die es natürlich auch im militärökonomischen Bereich gibt. Eine entsprechende Studie geht von einer dreigliedrigen europäischen Institution in diesem Politikfeld aus: EU-Beschaffungsagentur (also EDA - d.V.), EU-Logistikagentur und EU-Verteidigungsbank.⁴⁷

Dass in marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaftssystemen zum profitorientierten Fluss der Wert- und Geldströme zwischen den beteiligten Sektoren Haushalte, Unternehmen und Staat auch Banken gehören, ist eine Binsenweisheit. Auch im Rüstungskreislauf müssen sie eine aktive Rolle als Geldsammel- und -verteilungsstellen spielen. Nun gibt es in der BRD – und erst recht in der EU – ein breit ausgebautes und profitabel agierendes Banken- und Kreditsystem. Seit Bestehen jeher wird darüber auch die Rüstungsfinanzierung getätigt – und wenn es nur die Abwicklung des Zahlungsverkehrs ist. Warum nun plötzlich die Forderung nach solchen Spezialbanken, in unserem Falle nach Rüstungsbanken?

Auch diese Bestrebungen resultieren aus Entwicklungen in der Ökonomie des gegenwärtigen Imperialismus, die schon für andere angeblich innovative und zukunftssichere neue Formen der Rüstungsfinanzierung ausschlaggebend sind: die Finanzknappheit in den öffentlichen und der Geldüberhang in den privaten Haushalten, also auf den nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmärkten.

Man geht davon aus, dass künftig kaum ein EU-Land in der Lage sein wird, die voranschreitende Reaktivierung des Militärischen in der Außen- und Sicherheitspolitik finanziell abzusichern, zumal eine weiter anhaltende High-Tech-Entwicklung immer größere Ressourcen beanspruchen wird. Eine solche Tendenz wirkt umso stärker, je kleiner die einzelnen EU-Mitgliedsländer und ihre entsprechende volkswirtschaftliche Wertschöpfung sind. Rüstungsbanken mit Möglichkeiten, sich – zumindest teilweise – selbst zu finanzieren, erscheinen ein ökonomischer Ausweg und demzufolge ein sicherheitspolitisch anzustrebendes Ziel.

Selbstverständlich kommt hinzu, dass die stärkere Inanspruchnahme der globalen Finanzmärkte für die Rüstung und eine ausgeprägte Spezifik in den militärischen Beschaffungsprozessen der einzelnen Staaten auch Finanzdienstleister benötigt, die über entsprechende Erfahrungen und Sachkenntnisse verfügen. Eine solche Entwicklung beobachten wir ja generell in der

⁴⁷Siehe G. Kirchhoff, Common Procurement, Logistics and Financing Relative to Defence Systems in and for Europe, in: European Defence ED 04, Nr. 1, September 2004, S. 18.

Bankenlandschaft unserer Zeit. Auf der einen Seite vollzieht sich eine Hinwendung zu Universalbanken, die die gesamte Palette von heute auf dem Markt angebotenen Finanzdienstleistungen für einen breiten Kundenkreis anbieten, auf der anderen Seite gibt es eine starke Orientierung auf Spezialbanken für einzelne Marktsektoren, wie zum Beispiel auf Kreditinstitute, deren Bankgeschäfte sich vorwiegend auf Fördermittelvergabe u.ä. konzentrieren.

Natürlich zeigt sich der heutige Imperialismus auch hier in seiner staatsmonopolistischen Form. Die Grundfinanzierung solcher Banken soll schon durch einen Mittelzufluss aus den nationalen Budgets erfolgen, sodass der zunächst weniger profitabel erscheinende primäre Kapitalfluss als Innenfinanzierung aus den EU-Ländern zu erfolgen hat. Danach erst kann eine profitable Fremdfinanzierung aus dem privaten Bereich einsetzen. Die Banken sollen auf den europäischen oder den weltweit tätigen Finanzmärkten aktiv werden – mit Aktien, Anleihen o.ä. Solche Wertpapiere könnten als Sicherheitsinvestitionen für längere Zeit festgeschrieben werden, um dadurch dem Schuldner, zum Beispiel den Streitkräften, Planungssicherheit geben. Auch ist der Verkauf von Finanzderivaten an Investoren durch die Rüstungsbanken vorgesehen.

Europäische Finanzierungsbanken für die Beschaffung militärtechnischer Systeme sollen also sowohl mit Haushaltsmitteln der EU-Länder ausgestattet werden als auch eigene Emissionsrechte bekommen. Sie könnten dann durch Organisation entsprechender Finanzströme nach einheitlichen, effektivitätsorientierten Gesichtspunkten Forschung, Entwicklung, Konstruktion und Produktion von Waffensystemen – und natürlich deren Beschaffung – lenken. Dazu müssten sie weiterergreifende Finanzierungsmethoden entwickeln und umsetzen.

Mit solchen Rüstungspraktiken verspricht man sich zugleich auch strukturpolitische Effekte in den einzelnen Ländern. Eine solche Art und Weise der Rüstungsfinanzierung soll angeblich zu stärkerem Wirtschaftswachstum in den beteiligten Ländern – vor allem in den kleineren – führen, die Importabhängigkeit vom Wehrmaterial verringern, ja sogar die Exportfähigkeit stärken. Eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz wird angestrebt, und die inneren Marktkräfte sollen gestärkt werden.

Als Gegenleistung für alle diese Formen der Außenfinanzierung erhalten die privaten oder institutionellen Anleger ihre auf dem Kapitalmarkt üblichen, oder gar darüber hinausgehenden Dividenden und Renditen. Wenn aber bei einem solchen Wertpapierhandel über Rüstungsbanken immer auch die Sicherheitsrisiken renditewirksam mit abgesichert sein sollen, um überhaupt In-

teressenten für diese Kapitalmarktprodukte zu finden, scheint das doch eine sehr zweifelhafte Form innovativer Rüstungsfinanzierung zu sein. Eine solche Kapitalmarktfinanzierung könnte nur dann erfolgreich praktiziert werden, wenn Renditen in Aussicht gestellt würden, die weit über das übliche Niveau hinausreichen. Aber das schlägt dann wieder auf den Steuerzahler zurück oder würde die Haushaltspolitik der Länder zu Ungunsten anderer notwendiger Ausgaben belasten. Auch in dieser Hinsicht wird also versucht, den Teufel mit dem Belzebub auszutreiben. Weiterreichende Möglichkeiten für eine Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik sollen mit weiteren Einschränkungen des ökonomischen Handlungsspielraumes der Öffentlichen Hand, mit Steuererhöhungen u.ä. erkaufte werden.

Neue Formen der Rüstungsfinanzierung – kein Ausweg aus einer verfehlten Außen- und Sicherheitspolitik

Die seit längerer Zeit zu beobachtende Restitution des Krieges als Mittel der Politik, die in den USA demagogisch als globaler Kampf gegen den Terrorismus verpackt wird, forciert weltweit die ökonomischen Rüstungen, formt neue Seiten der Rüstungsfinanzierung aus und bringt modifizierte oder neuartige Beschaffungspraktiken im Streitkräftebereich hervor. Finanzmittel werden nicht mehr nur über die Erhöhung der Abgabenlast der Bürger – und damit verbunden über die Erhöhung der Staatsquote und der systematischen Beschneidung der Sozialleistungen – beschafft. Immer stärker werden die nationalen und internationalen Kapitalmärkte in den Rüstungskreislauf einbezogen. Die Finanzierung von Rüstung ändert sich, die damit verbundenen negativen Folgen in sozialer Hinsicht und für das Gemeinwesen überhaupt bleiben gleich oder ähnlich. Bestenfalls treten sie mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ein. In der Endkonsequenz muss auch dafür der Steuerbürger aufkommen.

Die rigorose Neoliberalisierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik erfasst also schon längst den Rüstungssektor. Unterschiedlich in den einzelnen kapitalistischen Hauptstaaten, haben wir es mit einem Marktfanatismus zu tun, der das Sozialstaatsprinzip immer mehr aushöhlt und die soziale Marktwirtschaft, wo sie denn vorhanden war oder ist, in die Bahnen eines immer ungezügelteren Marktkapitalismus drängt. Auch in der nun größer gewordenen EU wird eine Wirtschaftspolitik durchgesetzt, die so genannte Lissabon-Strategie, die auf *marktkonformen Reformen* beruht und sowohl den produktiven als auch den nichtproduktiven Bereich, die Streitkräfte eingeschlossen, erfasst.⁴⁸ Zwar lässt die Leuchtkraft neoliberaler Wirtschaftstheorien und -praktiken in letzter Zeit

⁴⁸Siehe Infodienst Sicherheit und Ökonomie, a.a.O., S. 9 ff.

immer mehr nach. In militärökonomischer Hinsicht aber, in der Sicherheits- und Streitkräftepolitik der NATO und der EU, scheint sie in einer Art Nachtrab noch Wirkungskräfte entfalten zu können.

Warum sind nun diese bisher skizzierten neuen Formen der Rüstungsfinanzierung, die im zivilen Bereich mitunter schon lange gang und gäbe sind und zudem auch finanztechnisch schon erprobt wurden, kein Ausweg aus den Finanznöten der öffentlichen Haushalte im Allgemeinen und der Streitkräfte im Besonderen?

Bei der Beantwortung dieser Frage wird zunächst einmal außer acht gelassen, dass sich ja die imperialistischen Hauptländer in diese Finanzierungsnöte selbst begeben haben, bzw. sie immer wieder selbst verursachen. Im Unterschied zu anderen Finanzierungsdefiziten der öffentlichen Haushalte, wie etwa im Umwelt- oder Sozialbereich, die natürlich auch das Ergebnis untauglicher politischer Strategien sein können, resultieren leere Kassen für Rüstungen ausschließlich aus einer falschen Politik, aus einer Weltordnungspolitik, die irrige Prioritäten setzt und mit vorwiegend untauglichen Mitteln, nämlich militärischen, durchgesetzt werden sollen.

Zu Vor- und Nachteilen bzw. zu den sozialen Aus- und Nebenwirkungen moderner Rüstungsfinanzierung ist bei der Behandlung der einzelnen Formen schon Einiges gesagt worden. Da jede ihre eigene Spezifik hat, sind pauschale Bewertungen problematisch. Trotzdem gibt es bei diesem neuen rüstungspolitischen und -wirtschaftlichen Vorgehen einiges Gemeinsame, auf das im Folgenden verwiesen werden soll.

Renditeorientierte Rüstungsfinanzierung verstärkt die Militarisierungstendenzen

Alle Bestrebungen, aus den sehr differenzierten und vielschichtigen Finanzmärkten Geldströme in den Sektor Staat, in seine Streitkräfte bzw. den Sicherheitsapparat zu lenken, sind renditeorientiert. Nicht Patriotismus oder Gemeinwohlverantwortung – warum auch? – ist das Motiv, sondern Gewinnerwartung. Sie wird zum entscheidenden Steuerungsziel und das dominierende Steuerungsinstrument ist der Markt. Das eingesetzte Kapital soll verwertet werden. Das kann nur durch Perfektionierung des Unternehmensgegenstandes erfolgen, also bestenfalls durch den Auf- bzw. Ausbau der Streitkräfte, schlimmstenfalls durch ihren bedingungslosen Einsatz – bis hin zu Kampfeinsätzen.

Im Streitkraftbereich agieren mit möglichen Fondsgesellschaften o.ä. Einrichtungen dann also nicht mehr nur Lobbyisten, wie das zum Beispiel bei der traditionellen Rüstungsindustrie der Fall ist, sondern Eigentümer bzw. Miteigentümer. Sie können nicht nur verschiedene Interessen verfolgen, sondern

direkt ökonomische Machtbefugnisse ausspielen. Als Eigner oder Miteigner haben sie Mitbestimmungsrechte, Direktionsrechte. Der Erwartungsdruck auf die Betreiber, auf die Streitkräfte also, ist zudem ganz anders. Die Geldgeber erwarten kontinuierlich Renditesteigerung, sie legen ein typisches Shareholder-Verhalten an den Tag. Wenn angestrebte Renditeziele nicht erreicht werden, drohen Kursabstürze, Wertverluste. Die Fondsmanager werden zu rigorosem Sanierungs- und Rationalisierungshandeln getrieben. Selbst wenn diese Finanzprodukte, die für die Streitkräfte vorgesehen sind, besondere Ausstattungsmerkmale besäßen oder vielleicht sogar speziellen Rechtsvorschriften unterliegen sollten, würden die betreffenden hoheitlichen Bereiche in eine Art Geiselschaft des Geldkapitals kommen und die Erfüllung jedweden Sicherheitsauftrages erschweren.⁴⁹ Der Kapitalmarkt erlangt Steuerungsfunktionen in Bereichen, in denen Marktprioritäten keine Rolle spielen dürfen.

Wenn zum Beispiel Liquidität aus den Finanzmärkten in einen öko-orientierten Fonds fließt, erwarten die Emittenten eine erfolgreiche Leistungserbringung dieses Fonds, etwa erfolgreichen Öko-Landbau oder dividendenträchtige Windenergie. Warum sollte die Erwartungshaltung bei einem Fonds, der im Sicherheitsbereich tätig ist, grundsätzlich anders sein? Dabei braucht man nicht einmal die aggressiven Renditejäger, die nur auf Abzocken aus sind, im Auge zu haben, sondern kann von ganz normalen privaten oder institutionellen Anlegern ausgehen, die sich häufig gar nicht vordergründig um den konkreten Gegenstand ihres Fonds kümmern, sondern nur profitables Fondsmanagement erwarten.

In solchen kapitalmarktorientierten Anlagestrategien ist also von vorn herein eine Militarisierungs-, schlimmer noch, eine Kriegslogik eingebaut, ganz gleich, ob sie sich verwirklicht oder nicht. In der Tendenz ist sie immer vorhanden. Auch auf dieses Feld der Militarisierung trifft die in der Friedensbewegung verbreitete These zu: Militärische Logik lässt sich, wenn man ihr Spielraum gibt, nicht zivilisieren. Auch diese Art von Rüstungsfinanzierung darf deshalb keine Anwendung finden.

Privatisierung der Rüstung führt kaum zu volkswirtschaftlicher Effektivität

Die tatsächlichen Einsparmöglichkeiten bei Rüstungen, die privat – also über den Kapitalmarkt – finanziert werden, sind äußerst begrenzt. Die real

⁴⁹ Hier ist ein Verweis auf die Klage der EU-Kommission gegen das VW-Gesetz durchaus angebracht. Seit 1960 beschneidet dieses Gesetz den Einfluss privater Investoren und schützt den Volkswagenkonzern vor feindlichen Übernahmen. Nun droht die Gefahr, dass es Opfer des neoliberalen Zeitgeistes wird. Warum sollte es möglichen staatlichen Regulierungsversuchen im Bereich der Rüstungsfinanzierung anders ergehen?

zu erreichende volkswirtschaftliche Effektivität ist anzuzweifeln. Zu einer solchen Einschätzung berechtigten Erfahrungen, die in letzter Zeit mit solchen Finanzinvestoren wie Betreiberfonds bzw. Fondsgesellschaften u.ä. in zivilen Bereichen gemacht worden sind.

Es soll nicht negiert werden, dass in Einzelfällen öffentliche Aufgaben erfolgreich privat finanziert werden können, vor allem, wenn es darum geht, zeitweilige Liquiditätsschwierigkeiten – zum Beispiel bei kommunalen Haushalten – zu überwinden und kurzfristig Finanzierungslücken zu schließen, die zu keinem dauerhaften Abhängigkeitsverhältnis führen und die politischen Spielräume der Öffentlichen Hand nicht wesentlich einengen.

Aber die Luft ist in dieser Szenerie rauer geworden. In letzter Zeit mehren sich negative Einschätzungen. Oft führten privat finanzierte staatliche Aufgaben zu erheblichen negativen Konsequenzen für die Öffentliche Hand.⁵⁰ Es kann auch im militärischen Bereich nicht ausgeschlossen werden, dass man sich – besonders bei Inanspruchnahme von ausländischem Beteiligungskapital – einer *Heuschreckenmentalität* der Finanzinvestoren aussetzt.

In der deutschen mittelständischen Industrie setzt sich in der letzten Zeit in beängstigender Art und Weise ein Trend durch, der vor öffentlichen Einrichtungen keinen Halt zu machen braucht: Da es für eigenkapitalschwache Unternehmen immer schwerer fällt, Bankkredite zu normalen Konditionen zu bekommen, kaufen sich Investmentfonds mit *Future-Kapital* dort ein. Solche Risikofonds wollen aber kurzfristig hohe Renditen sehen und sind keineswegs an einer langfristig wirkenden, echten Sanierung der Unternehmen interessiert, die dann erst später profitabel wirtschaften könnten.⁵¹ Wir haben es also mit fundamental-kapitalistischen Verhaltensmustern zu tun.

⁵⁰Der Oberste Bayrische Rechnungshof kommt zum Beispiel in seinem Jahresbericht 2006 zu der Einschätzung, dass eine privat finanzierte Main-Brücke sowie der Bau der Münchener Flughafentangente dem Steuerzahler wesentlich teurer kamen, als angenommen. Die vom Bayerischen Finanzministerium errechneten Kostenvorteile seien unrealistisch gewesen (Sächsische Zeitung vom 06.12.2006). Die Liberalisierung des Öffentlichen Nahverkehrs in Hessen, der nach wie vor erheblich staatlich subventioniert wird, wurde zum Tummelplatz internationaler Verkehrskonzerne, die die lokalen mittelständischen Anbieter vertrieben. Studien ergaben aber, dass Kommunen, die ÖPNV-Aufträge an ortsansässige kleinere Unternehmen vergaben, kostenmäßig günstiger abschneiden (Neues Deutschland vom 13.12.2006).

⁵¹Das sächsische Fahrrad-Traditionsunternehmen Birla in Neukirch musste Ende 2006 eine solche bittere Erfahrung mit einem amerikanischen Finanzinvestor, der Fondsgesellschaft Lone Star machen. Nach nur 13-monatiger Beteiligung steht dieses durchaus lebensfähige Unternehmen vor dem Ende, aus Gründen der Marktberreinigung, wie es heißt (Sächsische Zeitung vom 08.12. 2006; 11.12.2006).

Wie bei anderen nicht über den Haushalt finanzierten Vorhaben im Militärbereich ist also auch hier stets zu beurteilen, ob eine mögliche momentane Liquiditätssicherung auch zu einer dauerhaften Bonität führt und somit den entsprechenden öffentlichen Haushalt wirklich entlastet. Zudem darf man der Frage nicht ausweichen, ob die folgenden sozialen Lasten kalkulierbar – und letzten Endes vertretbar sind. Sie treffen stets die gesamte Gesellschaft und sind in der Endkonsequenz schließlich nur vom Steuerzahler zu tragen.

Privatisierung der Rüstung führt kaum zu militärischer Effizienz

Wie immer man auch zur gegenwärtigen Rolle der Streitkräfte und ihrer Funktion im Kontext aktueller Sicherheitspolitik stehen mag, es bleibt festzustellen, dass die meisten dieser neuen Finanzierungsformen, die über den Kapitalmarkt erfolgen, meist auch mit der Spezifik der militärischen Tätigkeit nicht vereinbar sind. Sicherlich könnte heute ein militärisches Depot mit privatem Kapital betrieben werden, ohne dass es mit dem Streitkräfteauftrag kollidiert. Wenn es aber, wie es mittlerweile regierungsoffiziell ist, bei der Bundeswehr nicht mehr in erster Linie um Landesverteidigung geht, sondern um Wahrnehmung internationaler Verpflichtungen, müssen Streitkräfte kampf-einsatztauglich gemacht werden, samt der dazu gehörenden Verwaltung, speziell der Logistik.

Hier bewirkt dann die Macht des Faktischen, dass private Teilfinanzierungen oder private Firmen schon im Versorgungsbereich sachlich-militärisch äußerst fragwürdig sein könnten. In diesem Sektor würde die Wahrnehmung des staatlichen Machtmonopols der Hoheitsträger und das Agieren von zum Beispiel privaten Investmentfonds weder militärisch noch ökonomisch Sinn machen. Es wäre zu befürchten, dass bei direktem Streitkräfteeinsatz dann ein solcher nachträglicher ökonomischer und finanzieller Aufwand betrieben werden müsste, der eine Kostenlawine ins Rollen bringen würde.

Gelegentlich wird argumentiert, dass es sich heute ja um neue Kriege handelt, die asymmetrisch geführt werden und keine klassischen Staatenkriege mehr seien.⁵² Organisierte militärische Gewalt kommt nicht mehr mit großem Schlachtgetöse daher und würde deswegen bestimmte Formen der Privatisierung und Kommerzialisierung durchaus vertragen. Das ist ein Trugschluss. Das Barbarische des militärischen Handelns wird dadurch nicht aus der Welt geschafft und die Unverträglichkeit mit kommerziell Handelnden nicht aufgehoben.

⁵² Siehe J. Wagner, Intellektuelle Bandstifter, in: IMI-Magazin, 02/2006, S. 3 ff., H. Münkler, Die neuen Kriege, Reinbeck bei Hamburg, 2003.

Herausbildung eines Militär-Finanz-Komplexes – Konsequenz der Militarisierungsbestrebungen des neuen Imperialismus

Für den gegenwärtigen neuen Imperialismus ist unter den Bedingungen der Globalisierung also das immer stärkere Zusammenwachsen der Macht- und Geldeliten typisch. Durch eine in der Tendenz sich verstärkende Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik und eine damit einhergehende Forcierung der ökonomischen Rüstung bei den Supermächten wird das verstärkt, besonders durch die Anwendung kapitalmarktüblicher Finanzierungsformen. Auch die Eliten des militärischen Machtapparates und der finanzstarken Geldbourgeoisie verbinden sich also zunehmend.

Wenn wir über solche Fusions- und Konzentrationsprozesse zwischen Streitkräften und Rüstungswirtschaft im engeren Sinne sprechen, belegen wir das mit dem Begriff Militär-Industrie-Komplex. Wenn wir Kooperations- und Verschmelzungsprozesse zwischen dem militärischen Machtapparat und dem internationalen Finanzkapital im weiteren Sinne beurteilen, müsste man von einem Militär-Finanz-Komplex sprechen. Eine solche begriffliche Unterteilung scheint durch die Entwicklung in den letzten Jahren notwendig und berechtigt zu sein. Beide Komplexe durchdringen sich natürlich und existieren nur in der Abstraktion als selbständige sozialökonomische Erscheinungen.

Das internationale Kapital, das häufig anonym in Erscheinung tritt und oft nur über schwer zu durchschauende Fonds wirksam wird, spielt im Unterschied zur standortgebundenen Rüstungswirtschaft, die natürlich auch globalisiert ist, eine andere Rolle. Durch seine Dynamik und Anonymität ist es schwer zu durchschauen, kaum zu lokalisieren. Es ist eben ein *Reb*, das nicht nur *scheu* ist, sondern über eine enorme Beweglichkeit verfügt. Nicht nur, dass Finanztransaktionen heute aufgrund einer liberalen und hochtechnisierten Kapitalmarktstruktur in äußerst kurzer Zeit vonstatten gehen können. Aufgrund der Tatsache, dass Geldkapital schon längst seine Widerspiegelungsfunktion realer ökonomischer Prozesse aufgegeben hat und oft nur in fiktiver – und noch dazu in spekulativer – Funktion agiert, ist es schwer zu entlarven, oder gar zu bekämpfen. Damit besteht bei diesen fondsfinanzierten öffentlichen Aufgaben noch eine ganz andere Gefahr: Diese gewaltigen Finanzblasen können von heute auf morgen zu Crashes führen, die bis auf die Funktionsfähigkeit des internationalen Währungssystems durchschlagen. Das würde dann katastrophale Folgen für die nationalen Haushalte nach sich ziehen

Es bilden sich heute also ökonomische, finanzielle, politische und militärische Monopolstrukturen heraus, die ihre außerordentlich starken Machtpositionen unter Ausnutzung der militärischen Machtapparate rücksichtslos in den Dienst zur Schaffung einer neuen Weltordnung stellen können.

In unserer nach wie vor militärisch dominierten Welt von heute sind aber nicht nur die bisher erörterten neuen privatwirtschaftlich geprägten Formen der Rüstungsfinanzierung zur Gewährleistung einer Militärmaschinerie, die diese neue Weltordnung nach USA-Muster herausbilden helfen soll, so gefährlich. Wir beobachten auch noch andere Tendenzen einer noch viel gefährlicheren Ökonomisierung und Privatisierung des Krieges, um ihn wieder als Mittel der Politik handhabbar zu machen: private Militärunternehmen, die in das Kriegsgeschäft der Supermächte eingebunden sind.

Allein 2006 sollen im Irak 100.000 Söldner in privaten Sicherheitsfirmen tätig gewesen sein. Etwa 1000 solcher Firmen mit schätzungsweise einer Million *Angestellten* sollen weltweit agieren. Oft sind sie direkt im Auftrag größerer Rüstungsfirmen aktiv. Zum Teil werden sie aber auch, wie im Irak, in kriegsdienstähnlichen Funktionen, sozusagen als Kriegsnebengewerbe, direkt über die öffentlichen Haushalte finanziert.⁵³ Diese Tendenzen einer Privatisierung des Kriegshandwerkes selbst und einer immer stärker in Erscheinung tretenden privatwirtschaftlichen Finanzierung von Rüstung und Streitkräften überschneiden und durchdringen sich. Sie sollten als sicherheits- und finanzpolitische Phänomene eines neuen Imperialismus künftig stärker ins Visier militärökonomischer Betrachtungen genommen werden. Sie stehen einer aktiven, wirksamen Abrüstungspolitik im Wege und können zu einer ernsthaften Verschärfung der Kriegsgefahr führen.

Wenn in diesem Zusammenhang im Konjunktiv gesprochen wird, ist das keine eine Unterschätzung dieser Gefährdung. Eine solche Lesart resultiert aus dem festen Vertrauen, dass die *Falken* in dieser Szenerie durch eine starke Gegenöffentlichkeit gebremst werden können, nicht zuletzt aus Ursachen heraus, die ebenfalls in der Ökonomie des Imperialismus zu suchen sind. So dominant und systeminhärent das Streben der politischen Eliten in den Supermächten nach totaler und globaler Marktherrschaft – einschließlich des Rüstungsmarktes – auch sein mag, so unterschiedlich sind in ihrem Bewusstsein die Wege dahin ausgeprägt.⁵⁴

Immer wieder werden auch in den Führungsetagen der NATO, allen voran in den USA, die Risiken der aggressiven Varianten von Sicherheitsstrategie den Möglichkeiten einer gemäßigeren Politik gegenübergestellt. Es ist ja nicht nur so, dass die Mittel des Krieges über seine Möglichkeiten hinausgewachsen sind und er somit kein Instrument der Politik mehr sein kann. Auch die Praktiken des Wettrüstens, wie immer es auch finanziert werden wird, ob staatlich

⁵³Siehe Neues Deutschland vom 27.03.2006; 23.11.2006.

⁵⁴W. Scheler, *Philosophisches Denken ...*, a.a.O., S. 18 ff.

oder privat, drohen über die Möglichkeiten der Kapitalverwertung unter den heutigen Bedingungen der Globalisierung, die andere Anforderungen an die Geopolitik stellt, hinauszuwachsen.

Selbst die *einzigste Weltmacht* stößt an die Grenzen ihrer ökonomischen und militärischen Leistungsfähigkeit. Wenn gegenwärtig führende USA-Politiker nach ihrem im Wesentlichen unilateralen militärischem Alleingang im Irak Forderungen nach einer multilateralen Folgenbewältigung stellen, wird selbst von den Initiatoren des Kriegs nicht verschwiegen, dass dabei nicht nur politische und militärische Gesichtspunkte eine Rolle spielen, sondern vor allem ökonomische und finanzielle. Das Kriegsendagement der Bush-Administration im Nahen Osten stößt an die Grenzen des ökonomischen Potenzials der USA und seiner Fähigkeiten, es weiter so zu finanzieren, wie bisher.

Zwar ist man in den Denkfabriken der Mächtigen noch weit davon entfernt, deswegen das Wettrüsten gänzlich in Frage zu stellen, aber ernsthafte Zweifel an seiner Intensität werden schon sehr laut und von maßgebenden Stellen geäußert. Nicht von Ungefähr spielen dabei die Erfahrungen eine Rolle, die in den letzten Jahren der Ost-West-Konfrontation auf beiden Seiten der Blöcke im Prozess des Wettrüstens gesammelt worden sind. Sicherlich hat sich der reale Sozialismus nicht totgerüstet und ist als Gesellschaftssystem nicht in erster Linie an der Rüstung gescheitert.⁵⁵ Als eine Ursache unter anderen wirkte sie aber mit Sicherheit. Andererseits sind viele Deformierungsprozesse und Strukturversäumnisse im realen Imperialismus, die heute dazu führen, immer wieder Reformprozesse anzumahnen, noch Nachwirkungen des Wettrüstens aus der Zeit des Systemkonfliktes.

Für einen gerechten und sicheren Frieden eintreten, heißt auch, den Kampf gegen moderne Rüstung und Rüstungsfinanzierung zu führen⁵⁶

Die hohe gesellschaftliche Relevanz der Streitkräftefinanzierung im engeren und der Finanzierung der Sicherheit im weiteren Sinne führte dazu, dass diese sozialen Phänomene in der Geschichte oft eine so große Rolle gespielt haben. Sie bestimmten an vielen historischen Wendepunkten nicht nur die politischen Grabenkämpfe zwischen den Parlamentariern, auch im Lebensalltag der Bevölkerung schlugen sie sich nieder und provozierten oft breitesten Widerstand. erinnert sei an die Bewilligung der Kriegskredite am Vorabend des

⁵⁵Siehe S. Schönherr, Militärökonomie. Rückblicke für die Gegenwart ..., a.a.O., S. 190 ff.

⁵⁶Ausführlicher behandelt ist das bei S. Schönherr, Gemeinsame Sicherheit – zu welchen Kosten?, in: DSS-Arbeitspapiere, Heft 70/2004, S. 136 ff.

Ersten Weltkrieges oder an die Aufrüstungsphase Hitlerdeutschlands in der zweiten Hälfte der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Auch in der Periode der Remilitarisierung der BRD bewegte die Finanzierung dieser Prozesse die bundesdeutsche Öffentlichkeit in sehr nachhaltiger Weise.

In der heutigen Zeit, so scheint es, sind diese finanzökonomischen Gesichtspunkte bei der Beurteilung von Sicherheits- und Militärpolitik der Großmächte in den Hintergrund gedrängt worden. Und wenn eine regierungskritische Öffentlichkeit davon Notiz nimmt, so betrifft das meist nur einzelne Seiten dieser Prozesse, etwa den Rüstungsexport und seine Finanzierung.

Dadurch berauben wir uns aber einer Informationsmöglichkeit und verzichten auf einen Mobilisierungsfaktor im Ringen um eine gerechte Friedensordnung. Das ist bedauerlich, da heute in der Rüstung und Rüstungsfinanzierung sehr widersprüchliche Tendenzen offen zutage treten und uns gemeinsam vor erhebliche Orientierungsschwierigkeiten stellen. Nicht nur Streitkräfteentwicklung und Sicherheitspolitik haben neue, bisher kaum bekannte Gesichter. Auch zu ihrer Finanzierung laufen – neben den herkömmlichen – innovative Prozesse ab, die schwer erkenn- und durchschaubar sind. Sie sollten stärker thematisiert werden, ohne dass das Hauptgeschäft, das Hauptereignis, der Militäreinsatz etwa, aus dem Fokus gerät.

Die subjektive Wahrnehmung dieser neuen qualitativen Rüstung und der modifizierten Finanzierungspraktiken bleibt aber hinter diesen real ablaufenden Prozessen zurück. Es ist zwingend notwendig, diese Defizite zu beseitigen. Es ist wieder mehr ins öffentliche Bewusstsein zu rücken: Widerstand gegen eine militarisierte Außen- und Sicherheitspolitik hat sich selbstverständlich gegen falsche Sicherheitsstrategien oder -taktiken, gegen unverantwortliche politische oder militärische Aktionen – in welchem Krisengebiet auch immer – zu richten. Aber die Voraussetzungen jeder Sicherheits- und Militärpolitik werden mittels Rüstung und ihrer Finanzierung geschaffen.

Sie sind in der Regel das erste Glied unheilbringender Verkettungen. Wenn schon die politisch gewollte Ursache, nämlich Rüstungsaktivitäten der Verantwortlichen im eigenen Land, in der EU, in der NATO angeprangert wird, können bestimmte Folgen mitunter gar nicht erst eintreten bzw. viel unterschiedener durch gezielte Aktionen planvoll bekämpft werden.

Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK (DSS) e.V.

Aus der Schriftenreihe „DSS-Arbeitspapiere“

- Heft 70: **Gemeinsame Sicherheit - ein schwieriger Lernprozess.** Prof. Dr. Rolf Lehmann zum 70. Geburtstag. Grußworte: Hans Süß, Klaus Freiherr von der Ropp, Wolfgang Demmer, Wolfgang Knorr, Gustav Urbani; Beiträge: Hans Modrow, Werner von Scheven, Paul Heider, Wilfried Schreiber, Wolfgang Scheler, Hermann Hagena, Horst Großmann, Max Schmidt, Lothar Schröter, Ernst Voit, Joachim Klopfer, Siegfried Schönherr, Günther Oppermann, Dietmar Schössler, Dresden 2004, 180 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 71: Sicherheitspolitik und Streitkräfte der Russischen Föderation. Egbert Lemcke, **Russlands Raketenschnellboote und ihre Hauptbewaffnung**, Dresden 2004, 52 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 72: Siegfried Schönherr, **Zur Herausbildung der Lehrdisziplin MILITÄRÖKONOMIE an der Militärakademie der NVA**, Dresden 2004, 56 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 73: **Die europäische Integration und der Frieden. Ideen - Konzepte - Strategien.** 9. Dresdner Symposium *Für eine globale Friedensordnung* am 27. November 2004. Beiträge von Wolfgang Scheler, Ernst Voit, Volker Bialas, Harry Pursche, Joachim Klopfer, Dresden 2005, 60 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 74: **Die Planung weltweiter Interventionskriege, das Völkerrecht und die Zukunft der Menschheit.** 13. Dresdner Friedenssymposium am 12. Februar 2005. Beiträge von Steffi Belke, Norman Paech, Felicia Langer, Ernst Voit, Jiri Sobottka, Horst Schneider, Dresden 2005, 52 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 75: Wilfried Schreiber, **Als Offizier und Wissenschaftler der NVA im deutsch-deutschen sicherheitspolitischen Dialog 1987 - 1990.** Ein Zeitzeugenbericht, Dresden 2005, 130 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 76: **Philosophisches Denken über Krieg und Frieden.** Umwälzende Einsichten an der Militärakademie und ihr Fortwirken in der Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V. Beiträge von Wolfgang Scheler, Hermann Hagena, Hermann Schierz, Hans Süß, Paul Heider, Ernst Voit, Horst Großmann, Lothar Glaß, Eberhard Arnold zum Kolloquium am 13.09.2005, Dresden 2005, 86 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 77: **Geopolitisches und militärstrategisches Denken in der Russischen Föderation.** Beiträge: Rolf Lehmann, Hans-Werner Deim, Horst Großmann, Joachim Klopfer, Egbert Lemcke, Dresden 2005, 139 Seiten; 5,00 Euro.
- Heft 78: **Die Friedensfrage in der gegenwärtigen Epoche.** Beiträge: Ernst Voit, Wolfgang Scheler, Endre Kiss, Dresden 2006, 54 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 79: **Für eine Welt ohne Krieg.** Gibt es Wege zu einem sicheren Frieden? 14. Dresdner Friedenssymposium am 11. Februar 2006. Beiträge von Steffi Belke, Peter Strutynski, Tobias Pflügerr, Jörg-Uwe Laasch, Horst Schneider, Reuven Moskovitz, Jana Hodurova, Dresden 2006, 58 Seiten; 3,00 Euro.
- Heft 80: **50. Jahrestag der NVA.** Ansichten und Wertungen. Vorwort: Wolfgang Scheler. Beiträge: Paul Heider, Horst Sylla, Dresden 2006; 50 Seiten; 2,00 Euro.
- Heft 81: **Zur Bewertung militärischer Optionen gegen das Nuklearprogramm des Iran.** Beiträge: Hermann Hagena, Ernst Voit, Dresden 2006; 22 Seiten; 2,00 Euro.

Die Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. (DSS) informiert über Aktivitäten und Ergebnisse ihrer Tätigkeit auch im Internet.

<http://www.sicherheitspolitik-DSS.de>